

Uns reicht´s!

Frauen in die Offensive

Das Frauenprogramm der SLP

Herausgegeben von der
Sozialistischen LinksPartei (SLP), Österreichische Sektion des
Komitees für eine ArbeiterInnenInternationale (KAI)

4. vollständig überarbeitete Auflage (März 2003)

IMPRESSUM:

Medieninhaberin, Herausgeberin und Verlegerin:
Sozialistische LinksPartei, Kaiserstraße 14/11, 1070 Wien
Verlags- und Erscheinungsort: Wien
Druck: Eigenvervielfältigung

Nachbestellungen: siehe Kontaktadressen auf Seite 5.

Redaktion der 4. Auflage: Sonja Grusch, Käthe Knittler, Claudia Sorger,
Franz Breier jun., Michael Gehmacher, Kenneth Horvath

Besten Dank an Franz Breier jun. für die Rechtschreibkorrektur.

Layout, Satz, Umbruch und Umschlaggestaltung: Harald Mahrer

Umschlaggestaltung unter Verwendung eines Plakats von Adolf
Strakov anlässlich des Internationalen Frauentages 1920.

Einleitung

SEIT der letzten Auflage unseres Frauenprogramms (3. Auflage März 1999) sind vier Jahre vergangen, in denen sich in Österreich einiges an politischen Veränderungen getan hat. In der Zwischenzeit hatten wir eine blau-schwarze Regierung, die nach über zweieinhalb Jahren zurückgetreten ist und mittlerweile haben wir wieder eine solche aus ÖVP und FPÖ, wenn auch dieses mal vor dem Hintergrund international verstärkter Krisenerscheinungen. Die Nationalratswahlen 2002 ergaben einen Erdrutschsieg der ÖVP und eine Stärkung der Rechten. Frauenpolitische Verschlechterungen konnten wir beobachten: Das Frauenministerium wurde abgeschafft, eine Männerabteilung wurde installiert, von der Pensionsreform sind Frauen gleich mehrfach - negativ versteht sich - betroffen.

In Zeiten des "Sparens" sind Frauen die ersten, die von Kürzungen betroffen sind. Damit einhergehend wird versucht, Frauen wieder verstärkt in "ihre" traditionelle Rolle zurückzudrängen. Vor allem von konservativer Seite wird die "besondere Aufgabe der Familie" und die bedeutungsvolle Verantwortung der Frau für diese betont. Aufgaben, die der Staat zu leisten hätte, werden wieder massiv der Familie und damit den Frauen zugeschoben. Frauen müssen damit fertig werden, Erwerbs- und Hausarbeit gleichzeitig zu leisten; müssen mit ihrer Zeit jonglieren, wenn sie keine ausreichende Kinderbetreuung finden; müssen sich am Arbeitsplatz verantworten, wenn ihre Kinder krank sind,...

Die Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen haben gezeigt, dass es in vielen Bereichen, die Frauen betreffen, zwischen allen Parlamentsparteien Konsens gibt. Frauenpolitik war kein Thema. Offensichtliche Unterschiede zwischen SPÖ/Grüne einerseits und ÖVP/FPÖ andererseits gibt es bei der Frage des Frauenministeriums - bei Kürzungen im Sozialbereich, bei Pensionen und Gesundheitswesen ist man sich über die "Notwendigkeit" von Einschnitten einig.

Der ÖGB hat - trotz einer Urabstimmung, die den Unmut und die Kampfbereitschaft der Basis deutlich machte - nicht gegen den massiven Sozialabbau mobilisiert. Angesichts der herrschenden Spar-Propaganda könnte man/frau glatt vergessen, dass Österreich eines der reichsten Länder der Welt ist. Das Problem daran ist, dass dieser Reichtum höchst ungleich verteilt ist. Von dem in Österreich vorhandenen Privatvermögen besitzen die reichsten 10 % rund die Hälfte. Einige davon sind

superreich. Nach Schätzungen der Bank Austria verfügen 350 ÖsterreicherInnen jeweils über mehr als 10,9 Millionen Euro. Karl Flick beispielsweise gilt mit einem geschätzten Privatvermögen von 5,38 Milliarden Euro (steuerschonend angelegt in einer Privatstiftung) als wohlhabendste Einzelperson in Österreich. Die ärmeren 50 % der Bevölkerung kommen lediglich auf 2 bis 3 % (Quelle: Österreichische Armutskonferenz). Dieser Reichtum bleibt völlig unangetastet, wenn es um die Sanierung des Budgets geht.

Egal wie die Regierungskonstellationen der nächsten Jahre aussehen werden: Vom derzeitigen Parteienspektrum im Parlament ist in Sachen Frauenpolitik nichts Gutes zu erwarten. Auch die Fristenlösung stand in den letzten Jahren verstärkt zur Diskussion. Unter dem Motto "Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!" führen wir seit Februar 2001 eine Kampagne unter anderem zur Verteidigung der Lucina-Frauenklinik (vormals Mairo), die massiven Angriffen von radikalen Abtreibungsgegnern ausgesetzt ist.

Wir leiten aus den Erfahrungen dieser Kampagne ab, dass man sich im Kampf um mehr Frauenrechte nicht auf die etablierten Parteien und Organisationen verlassen kann. Es ist wichtig, dass den konservativen Strömungen eine aktive ArbeiterInnen- und Frauenbewegung entgegengesetzt wird. Wir wollen mit diesem Schritt auch einen Beitrag dazu leisten, eine Bewegung von unten zu aktivieren, die Druck ausübt. Es darf nicht länger geschehen, dass Frauenanliegen wirtschaftlichen und parteipolitischen Interessen hintangestellt werden. 2002 hat sich die SLP erstmals entschlossen, bei Nationalratswahlen zu kandidieren und konnte trotz ihrer äußerst beschränkten Finanzmittel (rund 1.500 Euro Wahlkampfbudget) sowie ihrer minimalen Medienpräsenz in Wien 3906 Stimmen erreichen. Die Forderungen nach Rücknahme aller Sozialkürzungen, die Verteidigung des Rechtes auf Schwangerschaftsabbruch sowie die klare Antikriegshaltung waren zentral im SLP-Wahlkampf.

Unsere Frauenprogramm hat den Anspruch, zu einigen der zahlreichen Aspekte der Diskriminierung von Frauen Information, aber auch Lösungs- und Handlungsvorschläge anzubieten. Uns ist klar, dass wir nicht alle Situationen und Lebenswelten, in denen sich Frauen befinden, umfassend und vollständig beschreiben, erklären und analysieren können. Es geht uns auch darum, Frauen Mut zu machen. Die politischen Verhältnisse müssen nicht so bleiben, wie sie sind, sie können durch gemeinsame Kämpfe für eine sozialistische Gesellschaft verändert werden. Denn: Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung! Auch dazu soll diese Broschüre einen Beitrag leisten.

Eine ausführlichere Bearbeitung der Teilbereiche erfolgt in schriftlicher Form oder findet in unseren Diskussionsveranstaltungen statt. Diskutiert das Programm mit uns! Wir freuen uns über jede Rückmeldung. Wir sind gern bereit, uns als Referentinnen zur Verfügung zu stellen (einfach im SLP-Büro anrufen oder uns persönlich kontaktieren).

SLP im März 2003

Sozialistische LinksPartei (SLP)

KAISERSTRASSE 14/11, 1070 WIEN

TELEFON 01/524 63 10, FAX 01/524 63 11

SLP@SLP.AT, WWW.SLP.AT

Das Frauenbild in der Gesellschaft

ENTWICKLUNG DES FRAUENBILDES

In einem Werbeprospekt der Firma "Toys'R'Us" findet sich unter dem Titel "Hier schlagen Mädchenherzen höher" neben Barbies, Dampfbügeleisen und Babyzubehör ein Roboter mit der Produktbeschreibung "Martina ist ein funkferngesteuerter Roboter für Mädchen. Sie bewegt sich vorwärts, rückwärts und kann sprechen. Wenn du Martina Komplimente machst, dann färben sich ihre Wangen rot".

Dieses Beispiel aus dem Jahr 1998 verdeutlicht die immer noch vorherrschende Rollenzuschreibung für Frauen und Männer, die immer auch mit einer Aufgabenteilung der zu verrichtenden Arbeit verbunden ist. Immer noch wird von verschiedensten Seiten versucht, die unterschiedlichen Positionen, die Mann und Frau in verschiedenen Gesellschaften innehatten und haben, mit den sogenannten "natürlichen Eigenschaften des Geschlechts" zu erklären. Auch wird die Delegation und Zuschreibung von Arbeiten als "weiblich" oder "männlich" so gedeutet, als handle es sich um eine natürliche Bestimmung oder einen geradezu biologischen Zwang.

Vergleicht man/frau verschiedene Kulturen miteinander, stößt man auf alle denkbaren geschlechtsspezifischen Zuordnungen von Arbeit. Die Möglichkeiten reichen von Kulturen, die einen großen Bereich gemeinsamer Zuständigkeiten kennen, bis zu jenen, die schärfste Abgrenzungen ausgebildet haben, von Kulturen mit z.B. rein "weiblichem" Ackerbau bis zu solchen, in denen weibliche Feldarbeit verboten ist. Die Position der Frau innerhalb der Gesellschaft, jedoch auch innerhalb des Hausverbandes, ist im allgemeinen davon abhängig, welcher gesellschaftliche Stellenwert der Frauenarbeit eingeräumt wird. Jedoch wird verschiedenen Arbeiten meist ein unterschiedlicher Stellenwert zugemessen, je nachdem, ob hierfür im allgemeinen Männer oder Frauen zuständig sind.

Die Existenz matriarchaler Kulturen ist bis heute unter HistorikerInnen und AnthropologInnen umstritten. Mathilde Vaerting definiert in "Frauenstaat und Männerstaat" das Matriarchat folgendermaßen: "Die heutige weibliche Eigenart wird in ihren Hauptlinien durch unser patriarchalisches System bestimmt und findet ihre genaue und vollkommene Parallele in der männlichen Eigenart im Matriarchat."

Dieser Definition zufolge werden in einer matriarchalen Kultur politische Funktionen nur von Frauen ausgeübt, der Mann ist ökonomisch, emotional, sexuell und sozial total abhängig von der Frau. Für Heim und Herd sowie für die Kindererziehung verantwortlich, schmückt er sich für die Frau, die einer außerhäuslichen Erwerbsarbeit nachgeht und deren Heimkehr er sehnsüchtig erwartet.

Da Geschichte bis heute vor allem von Männern gemacht, erforscht und niedergeschrieben wird - oder, wie britische Feministinnen es ausdrücken: "History is his story" - ist im allgemeinen maximal von "einer ziemlich freien Stellung" der Frau in bestimmten Epochen die Rede. Einige Anthropologinnen gelangten hingegen zu der Erkenntnis, dass echte Frauenherrschaft nicht nur bei sogenannten Natur-, sondern auch bei sogenannten Kulturvölkern, z.B. in Libyen und Ägypten, vorhanden war. Zu jeder Zeit ist es der herrschenden Ideologie gelungen, bestimmte Eigenschaften als typisch männliche und andere als typisch weibliche und diese Unterscheidung als naturgegeben bzw. gottgewollt darzustellen. Was heutzutage nicht mehr bestritten wird, ist die Tatsache, dass Frau und Mann bei den sogenannten Naturvölkern gleichermaßen gesellschaftlich relevante Arbeiten verrichteten und verrichten, die auch als solche anerkannt wurden, und dass Frauen daher in all diesen Kulturen relativ wichtige gesellschaftliche Positionen einnehmen konnten und können. Unbestritten ist ebenso, dass in diesen Kulturen das sogenannte Mutterrecht, d.h. weibliche Erbfolge, vorherrschte, da der Vater bzw. der Zusammenhang zwischen Zeugungsakt und Geburt weitgehend unbekannt war. Erst in Zeiten der (von Frauen in Gang gebrachten) Anfänge des Ackerbaus wurde die Fruchtbarkeitsgöttin als Herrin des Himmels allmählich durch einen männlichen Gott ersetzt. Die Revolution des Himmels ist jedoch nur ein Widerschein einer Revolution, die auf der Erde stattgefunden hat.

Friedrich Engels beschreibt in "Die Ursprünge der Familie, des Privateigentums und des Staates" den Zusammenhang zwischen der Entstehung des Privateigentums und der Etablierung patriarchaler Strukturen: Durch die Entwicklung des Ackerbaus und damit des Privateigentums an Grund und Boden wuchs auch das Bedürfnis, dieses Eigentum weiterzuvererben. Darüber hinaus war mit dem Ackerbau erstmals eine gesicherte Grundlage für die Ernährung aller geschaffen, weshalb die Vermehrung des Stammes als Segen angesehen und die Rolle der Frau als Gebälerin aufgewertet wurde. Die Produktion eines Überschusses (gesellschaftliches Mehrprodukt) und die damit verbundene Arbeitsteilung bildete die Grundlage für die weitere Entwicklung. Es lag nunmehr im Interesse der Männer, eine bzw. mehrere Frauen für sich

alleine zu beanspruchen, um feststellen zu können, welche Kinder von welchem Mann gezeugt wurden und sich die Frauen untertan zu machen. Nach langen Kämpfen um die Vormachtsstellung wurde sodann das Mutterrecht vom Vaterrecht verdrängt. Dies führte letztendlich zur Institutionalisierung der Ehe und Familie. Nicht nur Grund und Boden, sondern auch Frau und Kinder galten nun als Privateigentum des Mannes. Um die Unterordnung der Frau verwirklichen zu können, mussten die Frauen entwaffnet werden, d.h. das Tragen von Waffen wurde zum Monopol des Mannes. Die Stellung der Frau musste mittels der radikalen Veränderung der Heiratsvorschriften und der Kindererziehung erschüttert werden, um die Vorherrschaft des Patriarchats ein für allemal zu sichern. Die patriarchale Familie wurde langsam aber sicher zu einer unersetzlichen Institution, die die Erhaltung des Privateigentums durch die Erbschaft wie auch die soziale Unterdrückung in all ihren Formen garantiert. Sie wird zum kulturellen Nährboden der Diskriminierung der Frau in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Die ideologische Rechtfertigung und die heuchlerischen Vorurteile, die diese Diskriminierung stützen, sind ein fester Bestandteil der herrschenden Ideologie der besitzenden Klasse. Spätestens seit jenen Zeiten hat sich das Patriarchat nun weltweit durchgesetzt.

DIE INSTITUTION FAMILIE

KARL MARX erklärte, dass Gesellschaften, ihre Lebensformen und Moralvorstellungen immer in den jeweils bestehenden ökonomischen Verhältnissen begründet sind. Mit der Entwicklung von Werkzeugen und einer Arbeitsteilung ging die Anhäufung von Gütern in den Händen einzelner Personen einher. Damit tat sich die Frage auf, wie ein solches Privateigentum zu sichern und zu vererben wäre. So entstand eine neue Form des Zusammenlebens: die Kleinfamilie, basierend auf der Einehe. Die Funktionen, die die neue Familie erfüllen sollte (Sicherung des Vermögens und die Grundlage für Vererbung), nahmen der Frau ihre ursprüngliche Selbstbestimmung. Als "Produzentin" für Erben war sie strengen Moralvorschriften unterworfen. Ihre Arbeitskraft galt nur noch der Familie und damit begann ihre Herausdrängung aus dem gesellschaftlichen (= produzierenden) Leben.

Viele Grundlagen unserer Gesellschaft bauen auf denen des alten Rom auf; vor allem unsere Gesetze. Damals war die Frau per Gesetz Eigentum ihres Vaters bzw. ihres Ehemannes. Sie hatte weder gesellschaftliche Rechte noch Selbstbestimmung über ihren Körper. Der Vater oder Mann entschied über Gesundheit und Leben. Die Unterjochung der

Frau war legal. Sie war Handels- und Prestigeobjekt. Wer sich viele Frauen leisten konnte, war ein angesehener Mann. Das Christentum lieferte dann die ideelle "Begründung" für die Ungleichheit von Mann und Frau und festigte die Einehe.

Mit der Entstehung des Kapitalismus änderten sich die gesellschaftlichen Bedingungen. Doch die Institution Familie blieb wesentlich die gleiche, denn sie war nützlich. Kapitalismus baut auf der Ausbeutung von Arbeitskraft auf. Will man die Arbeitskraft eines Menschen möglichst lange und effektiv ausbeuten, muss sie eine gewisse Zeit halten. Die Familie bzw. die Frau wurden zum Erholungsort des Mannes. Es wurde zur höchsten, gar heiligen Pflicht der Frau, im Hause alles zum Wohle des Mannes zu gestalten, seinen Frust und seine Wut genügsam zu erdulden, alle häuslichen Sorgen und Pflichten von ihm fernzuhalten und seiner körperlichen Lust zu dienen, ohne Rücksicht auf eigene Bedürfnisse und Ansprüche. Zu Beginn der Industrialisierung entstand ein ungeheurer Bedarf an Arbeitskräften. So wurden auch Frauen und Kinder in die Fabrik gezogen. Für die KapitalistInnen bedeutete das einerseits eine neue Quelle billiger Arbeitskraft (denn "natürlich" verdiente die Frau weniger), für die Frau andererseits, aus der sorgsam geschaffenen familiären Isolation treten zu können. Durch den Kontakt zu anderen ArbeiterInnen wurde sie in kollektive Lohn- und Arbeitskämpfe einbezogen bzw. initiiert sie selbst und entkamen so der familiären Isolation. Doch die eigentlichen Strukturen der Familie wurden nicht aufgebrochen, da ihre Funktionen für den Kapitalismus lebenswichtig sind. Je nach wirtschaftlichem Bedarf wird die Rolle der Frau in der Familie stärker oder schwächer betont. Die Frau, der die gesamte Verantwortung für die Familie aufgebürdet wird, leistet nach wie vor unbezahlte Arbeit, die die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsordnung ermöglicht.

FRAUEN UND POLITIK

FRAUEN werden als Wählerinnen von allen Parteien heiß umworben. Besonders in Wahlkampfzeiten überschlagen sich die Parteien in angeblich frauenfördernden Konzepten. Aber auch wenn frauenspezifische Fragen thematisiert werden, so sind sie in den politischen Positionen nach wie vor rar. Ihre Vertretung nimmt, je höher die Funktion ist, deutlich ab. Das betrifft sowohl die gesetzgebenden Körperschaften wie auch politische Parteien und Interessensvertretungen (z.B. Gewerkschaften). Nur langsam gelingt es, den Frauenanteil in den öffentlichen politischen Gremien zu erhöhen. Anfang 2003 sind im Nationalrat 1/3

der Abgeordneten Frauen (62 von 183), im Bundesrat nur etwas über 25% (15 von 62). Die Funktionen KlubchefIn und NationalratspräsidentIn werden ausschließlich von Männern ausgeübt. Nach wie vor leisten Frauen in der Politik vor allem Basisarbeit. Dort, wo es nicht nur um Arbeit, sondern auch um Einfluss und Prestige geht, sind Männer fast unter sich.

Heutzutage behaupten beinahe alle PolitikerInnen, für die Gleichberechtigung der Frauen einzutreten - auch wenn sie über deren Durchsetzung sehr unterschiedliche Auffassungen haben. Jede der im Parlament vertretenen Parteien hat ein eigenes Frauenreferat eingerichtet. Diese werden als Notwendigkeit angesehen. Es besteht jedoch die Gefahr dass sie dahingehend missbraucht werden, Frauen vom allgemeinen politischen Geschehen abzusondern und einzig und allein in den Frauen- und Familienbereich abzurängen.

FPÖ und ÖVP bekennen sich zu einer Beibehaltung der traditionellen Rollenverteilung, fordern aber eine Neubewertung der Hausarbeit und Kindererziehung. Die Hausfrau und Mutter soll die gleiche Anerkennung finden wie die berufstätige Frau. Das heißt aber auch, dass die Verantwortung für Familienpflichten weiter bei der Frau bleiben soll. Denn nur von Frauen wird verlangt, Berufstätigkeit und Familienpflichten zu vereinbaren. Jüngste Beispiele dafür sind die Diskussionen um das Kindergeld und die Auflösung des Frauenministeriums.

Im Gegensatz dazu bekennen sich SPÖ und Grüne laut Programm zu einer Auflösung der traditionellen Rollenzuschreibungen, wenn auch mit unterschiedlicher Akzentsetzung. So fordert das SPÖ-Programm eine partnerschaftliche Familie, in der beide Elternteile gegenüber ihren Kindern, aber auch in der Haushaltsführung die gleichen Aufgaben und Pflichten haben. Die Grünen fordern eher allgemein die Auflösung von herkömmlichen Rollenmustern und die Freiheit jeder/-s einzelnen, die für sie/ihn ideale Lebensform frei zu wählen.

In diesem Zusammenhang wird das Auseinanderklaffen zwischen Theorie und Praxis besonders deutlich. So forderte die SPÖ, besondere Hilfeleistung für Alleinerziehende. Im Gegensatz dazu fiel die (1974 von der SPÖ erkämpfte) Sondernotstandshilfe dem Sozialabbau der letzten SPÖVP Regierung zum Opfer. Das erhöhte Karenzgeld für Alleinerzieherinnen wurde an die Nennung des Namens des Vaters gekoppelt und Alleinerzieherinnen hatten nur mehr die Möglichkeit, den Karenz"urlaub" eineinhalb Jahre lang in Anspruch zu nehmen. Dies nur als Beispiel dafür, dass auch seitens der SPÖ oft eine Frauenpolitik betrieben wurde, die den frommen Forderungen auf dem Papier total widerspricht.

Die Tatsache, dass die meisten Parteien in Österreich trotz aller Lippenbekenntnisse immer noch Männerdomänen sind und nur sehr selten frauenspezifische Probleme überhaupt erkennen - geschweige denn Politik im Interesse der Frauen machen -, führt zu einer sehr hohen Parteienverdrossenheit der Frauen, die ganz im Gegensatz zu dem relativ hohen Interesse für Politik bei Frauen steht. Daher sehen sich die wenigsten Frauen durch politische Parteien wirklich vertreten, engagieren sich aber immer zahlreicher in anderen Zusammenhängen. Beispiele dafür sind Selbsthilfe- und Basisgruppen sowie Initiativen, die sich auf konkrete Einzelprojekte wie die Errichtung von Frauenhäusern, Beratungs- und Betreuungseinrichtungen konzentrieren. Auch das 1997 durchgeführte Frauenvolksbegehren (mit 644.655 UnterstützerInnen) zeigt das enorme Bedürfnis der Frauen, ihrem Unmut Ausdruck zu verleihen.

SEXISMUS IN MEDIEN UND WERBUNG

DIE bürgerlichen Medien sind meinungsmachende Instanzen, die handfesten wirtschaftlichen Interessen dienen. Dazu gehört auch die mediengerecht vermarktete und folglich verstärkte Diskriminierung der Frau. Ob Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehen und dergleichen mehr: Die der Ausbeutung der Frauen dienenden Rollenklischees feiern fröhliche Urständ. Probleme, die in dieser Gesellschaft vor allem Frauen betreffen, werden entweder gar nicht oder aber unzureichend behandelt. Auch Berichte über Frauen sind in Tages- und Wochenzeitungen stark unterrepräsentiert. Die zahlenmäßig geringen Schilderungen bewegen sich in erster Linie in den Bereichen Kultur und Unterhaltung. Markante Unterschiede zeigen sich zusätzlich im Stil der Porträts. Ohne ihren Kleidungs geschmack oder das charmante Lächeln zu betonen, wird über Frauen nicht geschrieben.

Der erste optische Eindruck beim Durchblättern von Illustrierten täuscht. Wenn Frauen auftauchen, dann in Sensationsgeschichten und in der Sparte Liebe, Partnerschaft, Babynahrung. In beiden Publikationsformen, der seriösen und der Regenbogenpresse, bleiben Themen von politischer und wirtschaftlicher Brisanz für Männer reserviert. Als gleichberechtigte Zielgruppe werden Frauen nicht anerkannt. Kommerzielle "Frauenzeitschriften" entsprechen demselben Muster. Insbesondere Kategorien wie "Politik" und "Wissenschaft" fehlen fast völlig. Frauen, in belehrendem Plauschton angesprochen, haben sich gefälligst mit Haushalt, Ehekrisen, Schönheit und Neuigkeiten von Prominenten zu beschäftigen.

Die arbeitende Frau wird größtenteils ausgeklammert. Selbst eher liberale Frauenzeitschriften, die sich meist an Frauen jungen oder mittleren Alters wenden und manchmal sogar emanzipatorische Spuren aufweisen, verkaufen letztlich Sexismus. Was sie in einem Satz hinterfragen, stabilisieren sie im nächsten. Auf einer Seite setzen sie sich mit der sexuellen Ausbeutung von Frauen auseinander, auf der darauffolgenden prangen Pin-up-Fotos. Als einflussreiche Erziehungsquelle üben derartige Blätter ungeheure negative Auswirkungen auf das Selbstverständnis und -bewusstsein von Mädchen und Frauen aus. Durch ständige und massenhafte Berieselungen mit stereotypen Frauenbildern werden diese verinnerlicht.

Um nichts besser als die Printmedien sind Film und Fernsehen. Seit den 50ern hat sich kaum etwas geändert. Nach wie vor treten auf dem Bildschirm erheblich mehr Männer als Frauen auf. Zur quantitativen gesellt sich qualitative Benachteiligung. Zwar wurde binnen der letzten Jahrzehnte, besonders in den 70ern, dem traditionellen Leitbild der Hausfrau und Mutter jenes der jungen attraktiven Ledigen hinzugefügt, aber die Institution der Ehe und Familie steht weiterhin nicht zur Debatte. Die agierenden Fernsehheldinnen werden in den meisten Fällen auf Gefühle reduziert, sei es Liebe, Mütterlichkeit, Freundschaft, Eifersucht, Stolz oder Hass. Auch in "modernen" Produktionen beschränkt man Frauen nach wie vor auf ihr traditionelles Rollenbild.

Besonders offensichtlich tritt Sexismus in der Werbung zutage. Offenbar lässt sich alles - Autos, Likör, Schmuck, Reisen, Konfekt, Eiscreme etc. - mit Hilfe von Frauenkörpern und Frauenlächeln verkaufen. Die Bombardierung mit Rollenklischees und die Benutzung von Frauen als Lockvögel (stets jung und schön) erreichen in der Werbung und auf Werbepлакaten ihren Höhepunkt. Werbefachleute müssen ja künstliche Bedürfnisse nach den jeweils produzierten Waren erzeugen. Die bloße Verbreitung von Information reicht längst nicht mehr aus. So arbeiten sie mit Emotionen, mit Lust, und Frauen werden dazu benutzt, die Aufmerksamkeit auf ein (beliebiges) Produkt zu lenken. Werbung vermittelt aber auch ein ganz bestimmtes Bild von Frauen. Gezielt propagiert sie die Verfügbarkeit, Minderwertigkeit, sexuelle Ausbeutbarkeit der Ware Frau. Zwischen der "nur" frauenbenutzenden und der offen frauenfeindlichen Werbung besteht bloß ein gradueller, kein prinzipieller Unterschied. Letztere erkennt man/frau daran, dass sie keinesfalls in "männlich" zu übersetzen, nicht umkehrbar ist, weil sie dann all ihren "Witz" und "Sinn" verlieren würde.

AUSBILDUNG

MÄNNER sind nicht intelligenter als Frauen! Untersuchungen zeigen: Mädchen erzielen meist merklich bessere Schulergebnisse als Buben. Ihre Durchfallraten sind deutlich geringer. Insgesamt erreichen mehr Mädchen als Buben die Matura - derzeit liegt der Mädchenanteil bei MaturantInnen bei 53 %. Ihre Durchschnittsnoten in den Abschlusszeugnissen sind häufig besser. Es liegt also nicht am Fehlen von Intelligenz und Wissen, dass Mädchen oft eine "typische" Ausbildung (für schlechter bezahlte Jobs) erhalten, sondern am herrschenden Frauenbild. Obwohl es in Österreich rund 270 Lehrberufe gibt, konzentrieren sich ca. 60 % aller weiblichen Lehrlinge auf 3 Berufe: Friseurin, Einzelhandels-, Bürokauffrau oder im Gastgewerbe. 90 % der Mädchen, die eine FriseurInnenlehre gemacht haben, landen aber letztlich in einem anderen Beruf, meist als Hilfs- oder angelehrte Kräfte, da in dem erlernten Beruf viel weniger Beschäftigte gebraucht als Lehrlinge ausgebildet werden. Demgegenüber sind die Anteile von Mädchen in nicht-traditionellen Lehrberufen nach wie vor verschwindend gering, beispielsweise verzeichnete der Lehrberuf "MaurerIn" im Jahr 2001 einen Frauenanteil von 0,1%. Wirtschaftskundliche mittlere Schulen (ehemalige "Knödelakademien") sind die beliebtesten Schultypen für Mädchen, obwohl bekannt ist, dass nach dieser Ausbildung die geringsten Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Der Anteil der Mädchen an den MaturantInnen der HTL beträgt lediglich 5,4 %, obwohl hier die Berufschancen viel höher sind.

An Hochschulen wie der Universität für Montanistik sowie an der Technischen Universität und jener für Bodenkultur sind Studentinnen nach wie vor stark unterrepräsentiert. 20 % der Studierenden an der TU sind Frauen. Vor allem in den technischen Studienrichtungen, wie Maschinenbau und Elektrotechnik, ist der Frauenanteil extrem gering. Der Frauenanteil des hauptberuflichen wissenschaftlichen und künstlerischen Personals nimmt mit jeder "Karrierestufe" weiter ab. Hauptgrund für diese Tendenz ist, dass Erziehung, Schule, Medien und Werbung junge Mädchen immer noch in "ihre" Rolle als Mutter etc. drängen. Dass Buben viel mehr Selbstvertrauen vermittelt wird, zeigt z.B. eine Studie, wonach sie sich in der Regel auch mit einem "Genügend" in Mathematik ein Technikstudium zutrauen, die meisten Mädchen jedoch nicht einmal mit einer guten Mathematiknote. Auch wenn bei Mädchen der Wunsch vorhanden ist, einen nicht-traditionellen Beruf zu ergreifen, scheitert es oft bei der Umsetzung. Eine Erhebung von L&R Sozialforschung aus dem Jahr 2002 zeigt, dass Mädchen und Burschen auf die Frage nach dem

Traumberuf ihrer Kindheit beinahe gleich viele Berufe angaben und bei den Mädchen immerhin 31 % der Nennungen nicht-traditionelle Berufe betrafen. Bei der Frage nach dem konkret angestrebten Beruf nach der Pflichtschule nannten jedoch nur mehr 7 % einen nicht traditionellen Beruf.

Immer mehr Frauen versuchen trotzdem, auch in sogenannte Männerberufe einzudringen. Das Streben nach einer qualifizierten Ausbildung und nach "Unabhängigkeit" ist bei jungen Frauen in den letzten Jahrzehnten stark gewachsen. Für Mädchen ist es heutzutage wichtig, eine qualifizierte Ausbildung zu haben und nicht als "Heimchen am Herd" zu enden. Doch in Krisenzeiten kann sich dieses System weitest gehende Bildung für alle nicht leisten. So wird eher eine Elitebildung angestrebt, und es sind gerade junge Frauen, die zuerst weggedrängt werden sollen. In der beruflichen Ausbildung werden in letzter Zeit immer weniger Lehrlinge nach bestandener Lehrabschlussprüfung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen - und wenn, dann eher die männlichen als vermeintliche spätere "Familienernährer". Aber nicht mit uns. Gleichberechtigung heißt auch gleiches Recht auf Wissen! Wir brauchen sichere Jobs für alle. Einen Teil haben wir uns schon erkämpft.

WIR WOLLEN ABER NICHT ZURÜCK - WIR WOLLEN MEHR!

- ❖ Rücknahme der Kürzungen im Bildungsbereich
- ❖ Weg mit den Studiengebühren
- ❖ Gleiche Ausbildungs- und Berufschancen für Mädchen und Buben
- ❖ Garantierte Übernahme von allen Lehrlingen
- ❖ Entrümpelung der Schulmaterialien - fachlich sowie von traditionellen Rollenvorstellungen
- ❖ Ausbildungsinhalte und -abläufe sollen von den Betroffenen selbst demokratisch bestimmt werden
- ❖ Ausreichend kostenlose Kinderbetreuungseinrichtungen, die es Frauen mit Kindern ermöglichen, ihre Ausbildung fortzusetzen
- ❖ Mindesteinkommen von 1100 Euro netto für Jugendliche ab 18 Jahren in Studium oder Berufsausbildung, damit sie sich eine eigenständige Existenz (unabhängig von den Eltern) leisten können, wenn sie wollen - somit würden die Erziehungsberechtigten wiederum von der Unterhaltspflicht entlastet.

WISSENSCHAFT

DIE Zahl der weiblichen Studierenden ist nach der Einführung des freien Hochschulzuganges in den 70er Jahren rasch gestiegen. Im

Studienjahr 2000/01 waren sogar 58% der Studierenden Frauen. Erstmals schlossen auch mit 50,1% rund gleich viele Frauen ihr Studium ab wie Männer. Allerdings bleibt abzuwarten, wie sich dieser Trend weiterentwickelt, da mit der Einführung der Studiengebühren 2001, Frauen in stärkerem Maß betroffen sind als Männer. Da es nach wie vor so ist, dass, sobald das Geld knapp wird, Frauen eher ihr Studium abbrechen, um Geld zu verdienen, bzw. dass, sobald ein Kind da ist, Frauen auf ihren Studienabschluss zugunsten der Kindererziehung verzichten/verzichten müssen. Und bei Familien mit mehreren Kindern werden Männer in Bildungsfragen immer noch bevorzugt.

Die steigende AkademikerInnen-Arbeitslosigkeit trifft vor allem AbsolventInnen jener Studienrichtungen, bei denen der Frauenanteil besonders hoch ist (Geistes- und Sozialwissenschaften, Pharmazie). Nach und nach wagen sich Studentinnen allerdings auch in männliche Domänen wie technische Studienrichtungen, die bessere Berufschancen versprechen, vor. Trotz vieler positiver Entwicklungen in den Bereichen Hochschule und Wissenschaft sind Frauen keineswegs gleichberechtigt. Schon seit mehreren Jahren wird eine Frauenquote von mindestens 40% an Hochschulbeschäftigten angestrebt. Tatsächlich liegt sie mittlerweile bei 40,9%. Solche Prozentzahlen ergeben sich allerdings nur, weil die "allgemeinen Universitätsbediensteten", also SekretärInnen, BibliothekarInnen etc. zu 62,1% Frauen sind. Beim wissenschaftlichen Personal stellen Frauen nur mehr einen Prozentsatz von 23,9. Unter den ProfessorInnen sind Frauen nur mit 7% vertreten. Und um diese Abnahme von Frauen in den oberen Bereichen der Wissenschaft zu vervollständigen: bis heute hat keine österreichische Universität eine Frau als Rektorin.

Eine derartige Überrepräsentation von Männern bedeutet auch, dass auch bei klassischen Frauenstudienrichtungen wie Pädagogik oder Sprachwissenschaften vor allem Männer diejenigen sind, die ihr Wissen an die (größtenteils weiblichen) Studierenden weitergeben. Der bildungsrevolutionär erscheinende Einzug der Frauen in das Herrenhaus Wissenschaft hat die Probleme studierender Frauen keinesfalls gelöst. Denn es ist nicht ihr Wissen, das vermittelt wird, sondern jenes ihrer Väter, das sie bereits vorstrukturiert zu übernehmen haben. Sie haben sich in die Männerwelt einzufügen - oder sie scheitern daran. Der Wissenschaftsbetrieb und viele seiner Inhalte sind nach wie vor sexistisch. Wenn Frauen in der Wissenschaft überhaupt vorgesehen sind, dann nicht als gleichberechtigte, denkfähige, wissenschaftlichen Einfluss nehmende Personen, sondern als fleißige Konsumentinnen, als ergebendes Publikum, als nette Garnierung oder auch als wissenschaftliche

Hausfrauen, die für schlecht bezahlte und kaum geachtete Kleinarbeit gut geeignet und unentbehrlich sind, aber in den oberen Rängen nichts zu suchen haben. Selbständige wissenschaftliche Positionen sollen sie nicht einnehmen und nicht die Forderung stellen, solche erarbeiten zu wollen. Sie sollen sich an den vorgegebenen Standards orientieren. Wenn sie auftauchen, sollen sie "gleich" sein in dem Sinne, dass sie die vorgedachten Inhalte wichtig, fraglos und erstrebenswert finden. Lernende und geistig arbeitende Frauen sind allerdings insofern ungleich, als sie sich unterhalb des Mannes anzusiedeln haben.

Freilich haben sich Frauen seit Beginn der 70er Jahre auch gewisse inneruniversitäre Veränderungen erkämpft - so z. B. das Frauenreferat der Österreichischen HochschülerInnenschaft -, und in zunehmendem Maße engagieren sich Frauen in der Hochschulpolitik. Seit 1980 scheinen in den Vorlesungsverzeichnissen auch Lehrveranstaltungen auf, die sich mit der speziellen Situation der Frau beschäftigen (Wobei die Anzahl solcher Lehrveranstaltungen aufgrund der Kürzungen im Universitätsbereich bereits wieder rückläufig sind...). Die Zahl der Dissertationen und Diplomarbeiten, die "Frauenfragen" zum Thema haben, ist in den letzten zwanzig Jahren sprunghaft angestiegen. Dabei soll es aber nicht bleiben, sondern die Wissenschaft als ganzes muss endlich von einem Standpunkt der Unterdrückten - also v.a. auch von dem Standpunkt von Frauen aus - angegangen werden. Jedoch werden jene Lehrveranstaltungen, die sich mit Frauenforschung bzw. -fragen beschäftigen, zumeist von externen Lektorinnen angeboten. Das sind jene Lehrende, die am schlechtesten bezahlt sind und deren Vertragsverlängerung am umstrittensten ist. Bei diesen liegt der Frauenanteil immerhin bei 35 %. Und gerade in diesem Bereich gab es in den letzten Jahren massive Kürzungen.

DAHER FORDERN WIR:

- ❖ Weg mit dem Bildungsabbau der Regierung
- ❖ Weg mit den Studiengebühren
- ❖ Nein zum neuen Universitätsgesetz
- ❖ Spezielle Förderung von frauenspezifischen Lehrveranstaltungen und Inhalten bzw. Forschungsprojekten
- ❖ Besondere Unterstützung des Frauenreferats der ÖH bzw. von Frauenprojekten verschiedener hochschulpolitischer Gruppierungen

GESUNDHEIT

LAUT Weltgesundheitsorganisation bedeutet Gesundheit einen

Zustand vollkommenen körperlichen, seelischen und geistigen Wohlbefindens - also mehr als das bloße Fehlen von Krankheit und Schwäche. Politische, ökonomische, gesellschaftliche, ökologische und kulturelle Faktoren bilden den Hintergrund für sowohl physische als auch psychische Belastungen. In unserer Gesellschaft stehen Frauen unter stärkerem Druck als Männer. Chronische Anspannungen wie ständige Rollenkonflikte zwischen Beruf und Haushalt, Doppel- und Dreifachbelastung, körperliche und nervliche Zumutungen am Arbeitsplatz und alltäglicher Sexismus lassen sich nicht heiter und unbekümmert bewältigen. Wen wundert's also, dass sich 78 % aller Frauen gesundheitlich beeinträchtigt fühlen, aber "nur" 68 % aller Männer.

Möglichkeiten des Ausgleichs sind für Frauen in geringerem Maß verfügbar. Der Behauptung, dass die Familie im Vergleich zum Arbeitsverhältnis Erholung bietet, stimmen 40 % der Arbeiter, doch nur 28 % der Arbeiterinnen, 34 % der männlichen, doch nur 23 % der weiblichen Angestellten zu. Für Frauen stellt die Familie meist keine "Quelle der Erholung", sondern im Gegenteil eine der psychischen und physischen Beeinträchtigungen dar, keinen Ort der Anteilnahme, sondern der Isolation. Hausfrauen beurteilen ihre gesundheitliche Situation noch negativer als erwerbstätige Frauen. Eigenes Geld zu besitzen, vom Partner unabhängig und sozial integriert zu sein - das sind grundlegende Voraussetzungen für psychisches Wohlbefinden.

Krankheit ist in dieser Männergesellschaft nichts Geschlechtsneutrales. Hinsichtlich der Häufigkeit von Erkrankungen gibt es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede. Was aber die Art derselben anbelangt, so zeigen sich große Unterschiede. Darmträgheit, Nervosität, Abgespanntheit, Rückenschmerzen, Schwindelgefühl, ernsthafte Kreislauf- und Schlafstörungen, Gelenkschmerzen - typische psychosomatische Beschwerden. Frauen laborieren öfter an psychisch bedingten körperlichen Symptomen. Warum? Es besteht ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der spezifischen Unterdrückung von Frauen und der Entwicklung psychischer Krankheiten. Einerseits zählen Eigenschaften wie "emotional labil, leicht erregbar, verletzbar und beeinflussbar, nachgiebig, weniger unabhängig" nicht zur Definition eines gesunden Menschen. Andererseits werden sie Frauen Zeit ihres Lebens aufgezungen. Wenn die Frau dem Bild, das von ihr erwartet und gefordert wird, ähnelt, dann ist sie der herkömmlichen Theorie nach nicht als gesund zu bezeichnen. "Frau-Sein" allein ist also schon eine "normale Krankheit". Entspricht die Frau der Definition eines gesunden Menschen (Mannes), gilt sie als unweiblich: Folglich ist sie als Frau nicht gesund, sondern anormal. Der "Doppelstandard der psychischen Gesundheit":

Frauen müssen, um in dieser Gesellschaft als gesund angesehen zu werden, Verhaltensweisen annehmen, die in Relation zum Mann als krank bewertet und allgemein geringgeschätzt werden.

Die Lebenssituation, die Erwartungen und der Druck, der auf Frauen lastet, treiben viele in die Sucht. Während bei Männern Alkohol der "Tröster" Nr.1 ist, greifen Frauen häufiger zu Tabletten. Doppelt so viele Frauen wie Männer nehmen Psychopharmaka, sowohl im engeren (Beruhigungs- und Schlaftabletten) als auch im weiteren (z.B. Kopfschmerztabletten) Sinn. Es ist nicht überraschend, dass Frauen deutlich mehr gefühlsdämpfende Substanzen verwenden als Männer. Etliche ÄrztInnen verschreiben den Frauen Beruhigungsmittel, anstatt sich mit ihren Problemen auseinander zu setzen.

Einschränkende Frauenbilder können gesundheitsschädliche oder sogar lebensbedrohende Effekte haben. Eine der Hauptursachen von Essstörungen ist das herrschende Schönheitsideal: Frauen sollen schlank und zerbrechlich aussehen, gleichzeitig mit nicht übersehbarer, aufreizender Oberweite und wohlproportioniertem festen Po "ausgestattet" sein. Wenn auch das alte "Gefängnis Schönheitszwang" in verschiedenen Formen auftritt - von Marilyn Monroe über Twiggy bis Claudia Schiffer - das Ziel ist dasselbe: Frauen weg von politischen Gedanken hin zu "Beschäftigungen" zu führen, die der patriarchalen Gesellschaft nicht im Wege stehen. Die Frau soll sich neben ihren häuslichen Pflichten dem eigenen Körper widmen, wodurch für andere - politische, kulturelle, wissenschaftliche etc. - Betätigungen kaum noch Zeit bleibt. Auf diese Weise wurde das verschärfte Aufkommen von Essstörungen gefördert.

Die in den industrialisierten Ländern am häufigsten vorkommenden drastischen Essstörungen sind Magersucht und Bulimie - neurotische Erkrankungen, bei denen Frauen weit unter ihr lebensnotwendiges Gewicht hungern bzw. nach der Nahrungsaufnahme zu erbrechen versuchen. Eine der deutlichsten Ausdrucksformen des Schönheitskultes ist die Überbewertung des "Idealgewichts", eine Goldgrube für die Wirtschaft. Durch die ständig neu auf den Markt geworfenen "Wundermittel" (Appetitzügler, Abführmittel, ...), die in der Werbung propagiert werden, können größte Profite erzielt werden! Viele Frauen hoffen, das ersehnte Idealgewicht durch übermäßige und zudem unkontrollierte Anwendung von Diäten zu erlangen. Ist dieses erreicht, wird es für etliche vom Schlankeitswahn Erfasste zur Qual, eine weitere Gewichtsabnahme bewusst zu unterlassen. Hungern steigert nicht nur das Selbstbewusstsein einiger Frauen, wenn deren magere Figur teilweise neidvoll betrachtet wird, sondern eröffnet auch eine Scheinwelt, in

der frau relativ losgelöst von der Realität unter eigens erstellten Regeln ein "selbstbestimmtes" Leben führen kann.

Ein anderer wichtiger Faktor für das Aufkommen von Magersucht ist die Familie: Übernimmt der Vater weitgehend den autoritären Part der Gemeinschaft, sollte die Mutter eher der Erziehung und sonstigen häuslichen Pflichten nachgehen. Viele Töchter zeigen sich durch dieses Frauenbild abgeschreckt, sie fürchten sich davor, genau dasselbe Leben wie ihre Mutter führen zu müssen. Viele möchten - mehr oder weniger bewusst - durch übermäßiges Hungern der Pubertät und dadurch dem unvermeidlichen "Schicksal", eine "Frau" zu werden, entgegenwirken - aus Angst, sich nicht mehr von ihrer Mutter zu unterscheiden. Werden Hoffnungen auf liebevolle Zuwendung durch den Vater oder andere Bezugspersonen aufs grausamste enttäuscht, indem es von diesen für die rücksichtslose Befriedigung der eigenen Sexualität missbraucht wird, versuchen viele Mädchen ein Erleben ihres eigenen Körpers zu vermeiden. Sexueller Missbrauch kann vor allem bei pubertierenden Mädchen zur Verleugnung einzelner Körperpartien führen (v.a. Unterbauch und Genitalbereich). Aus diesem Grund beginnen viele Betroffene nicht nur zu hungern, sondern auch absichtlich zu erbrechen, da dies der Verdrängung traumatischer Ereignisse hilft und gleichzeitig als reinigend empfunden wird.

Die meisten Magersüchtigen sind sich der Gefahr, die ihre Krankheit darstellt, nicht bewusst: Durch das ständige Reduzieren der Nahrung unter das Mindestmaß ergeben sich Mangelerscheinungen und Folgeerkrankungen. Anzeichen, die anfangs noch nicht als solche gedeutet bzw. ignoriert werden, sind z.B. Müdigkeit, Konzentrations- und Konditionsschwäche sowie erhöhte Reizbarkeit. Im fortgeschrittenen Stadium treten weiters auch gefährlichere Krankheiten auf, die ohne ärztliche Behandlung bis in den Tod führen! Heute leiden ca. 79 % aller Frauen in den industrialisierten Ländern an verschiedenen Formen von Essstörungen. Die USA und Großbritannien bilden mit 95 % die Spitze. Jährlich werden 6.000 Neuerkrankungen registriert - dies sind allerdings nur die offiziellen Zahlen, die Dunkelziffer liegt weit höher. Europa steht heute erst am "Anfang" dieser traurigen gesellschaftlichen Entwicklung: Frauen sollen sich dünn machen - in jeglicher Beziehung.

Erwerbsarbeit

(... NUR EIN GERINGER TEIL DER VON FRAUEN VERRICHTETEN ARBEIT)

ERWERBSARBEIT stellt nur einen Teil der von Frauen geleisteten Arbeit dar. Jede Lebenszeit, die nicht Arbeitszeit ist, ist Verschwendung an den Verwertungsmöglichkeiten des Kapitals. Diese Arbeitszeit kann aber sehr unterschiedliche Form annehmen: einerseits Lohnarbeit und andererseits Hausarbeit. Beide sind typisch kapitalistische Produktionsformen. Historisch betrachtet sind beide zusammen entstanden. Die den Frauen zugeschriebene Hausarbeit hat einerseits die Funktion, dass die ganze Verpflegungs- und Versorgungsarbeit (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen, ...), die für den Weiterbestand einer Gesellschaft unerlässlich ist, gratis und wie selbstverständlich verrichtet wird.

Der Anteil an unbezahlten Leistungen in Haushalt und Familie übersteigt mit 51 % den der Erwerbsarbeit mit 49 %. In Österreich werden täglich 30 Millionen Stunden in die Familien- und Hausarbeit investiert. 70% dieser Arbeiten werden von Frauen geleistet. Die monetäre Bewertung der in Österreich jährlich erbrachten Familienleistungen ergibt nach Berechnungen der Statistik Austria einen Wert von 51 Mrd. Euro bei Annahme des Mindestlohnes für diese Arbeit. Dieser enorme Beitrag zur Erhaltung der Gesellschaft wird nicht als "Arbeit" anerkannt. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise wird den Frauen unter Ausnutzung der ihnen zgedachten Rolle noch mehr Gratisarbeit zugemutet und der Staat aus der Verantwortung entlassen. Das kann auf die Kurzformel gebracht werden: "Eigenversorgung statt Marktversorgung," oder "Der Staat spart und die Frauen arbeiten mehr."

Von konservativer Seite wird berufstätigen Frauen oft vorgeworfen, dass sie um der bloßen "Selbstverwirklichung" willen erwerbstätig sind. (Was einem Mann nie vorgeworfen werden würde!) Für die überwiegende Mehrheit geht es auf der einen Seite um die Existenzsicherung. Das Einkommen des Mannes reicht zum Erhalt der Familie nicht aus, oder die Frau lebt - häufig noch mit Kindern - allein und muss die Familie allein erhalten. Aber das ist nicht der einzige Grund. Es geht darum, in außerhäusliche Arbeit integriert zu sein, was soziale Kontakte außerhalb der familiären Isolation ermöglicht.

Wer beruflich erfolgreich sein möchte, muss einen erheblichen Arbeitseinsatz zeigen. In der "Karrierezeit", etwa von 40 bis 44, verteilt sich die Arbeit bei den Männern auf 79 % Beruf und 21 % Familie. Weil aber jemand die Familienarbeit machen muss, sieht die Situation bei den

gleichaltrigen Frauen anders aus: 40 % Beruf und 60 % Familie. Seltsam genug dass angesichts dieser Tatsachen immer noch die Männer als die Ernährer der Familie bezeichnet werden.

LÖHNE UND ARBEITSBEDINGUNGEN

UNGLAUBLICH, aber wahr, im hochentwickelten Österreich gibt es immer noch keine Lohngleichheit! Frauen verdienen noch immer deutlich weniger als Männer.

Im Jahr 2001 lagen die mittleren Brutto-Jahreseinkommen der unselbständigen Erwerbstätigen (ohne Lehrlinge) bei 15.304 Euro für Frauen und bei 25.592 Euro für Männer. Im Schnitt verdienen Frauen also immer noch 40 % weniger als ihre männlichen Kollegen.

Das mittlere Brutto-Jahreseinkommen von Arbeiterinnen lag 2001 mit 10.026 Euro um 11.000 Euro unter dem ihrer männlichen Kollegen. Bei den Angestellten ist der Unterschied noch größer: Hier verdienen Frauen mit 17.805 Euro um 14.900 Euro weniger als Männer, die über ein mittleres jährliches Bruttoeinkommen von 32.682 Euro verfügen. Lediglich bei den BeamtInnen ist der Unterschied zwischen den Geschlechtern nicht in dieser Form gegeben. Beamtinnen verdienen mit jährlich mittleren 32.683 Euro brutto "unwesentlich" weniger als Beamte (34.463 Euro).

Im Alter setzt sich die bestehende Ungleichheit fort: Das Brutto-Jahreseinkommen der PensionistInnen (mit Wohnsitz in Österreich) lag 2001 bei Frauen bei 10.222 Euro, bei Männern bei 18.648 Euro. (Quelle Statistik Austria 2002).

Für diese Ungleichheit gibt es verschiedene Gründe: Frauen sind oft in Niedriglohnbranchen beschäftigt, werden allgemein öfter in die unteren Lohngruppen eingestuft. Oft sind Frauen gezwungen Teilzeitjobs anzunehmen, um Beruf und Familie zu bewältigen. Selbst wenn sie Vollzeit arbeiten, verdienen Männer bei gleicher Ausbildung im gleichen Beruf bereits ein Jahr nach Ausbildungsabschluss mehr!

In Österreich hält der Zustrom von Frauen in den Dienstleistungssektor unvermindert an. Grundsätzlich wird diese Art von Arbeit geringer entlohnt als jene in der Industrieproduktion, wo der Anteil der beschäftigten Frauen immer mehr abnimmt. In diesem Bereich arbeiten die meisten als Hilfsarbeiterinnen, die weit weniger als die (männlichen) Facharbeiter verdienen. Aber wer legt fest, dass die Arbeit einer Krankenschwester oder Kassiererin leichter oder sogar weniger Wert sei als die eines Maschinenschlossers? Mit welcher Berechtigung verdient ein Zahnarzt zehnmal so viel wie eine Erzieherin?

Die Festschreibung der Frau als Hausfrau überträgt sich mit allen Eigenschaften auch auf die Lohnarbeit. Hier leistet sie nicht nur wie der Mann Mehrarbeit, sondern es werden von ihr die gleichen Eigenschaften abverlangt, die für die Arbeit in der Ehe charakteristisch sind: fürsorglich, helfend, dienend, flink, geschickt, an Routine gewöhnt, und natürlich die Frau als Sexualobjekt. Bsp: Der Großteil der SekretärInnen ist weiblich, im Gastgewerbe ist oft der Körper der Kellnerin, der "gemietet" wird, wichtiger als ihre Serviertätigkeit.

In den "typischen" Frauenberufen wie Arzthelferin oder Friseurin, die zu den untersten Einkommensklassen gehören, profitieren die ArbeitgeberInnen davon, dass die Frauen in Kleinstbetrieben arbeiten und eine Interessensvertretung (Betriebsrat/-rätin) erst ab 5 Beschäftigten möglich ist. Da sich die Gewerkschaften nicht ausreichend um diese Betriebe kümmern und der Druck viel unmittelbarer ist, können die UnternehmerInnen ihre Beschäftigten nach allen Regeln der Kunst ausbeuten. In sogenannten "frauenspezifischen Berufsgruppen" werden in ganzen Branchen die Löhne gedrückt - auch für Männer, die dort arbeiten, z.B. in der Textilindustrie. In anderen Branchen wird die Schicht von Frauen immer dünner, je höher die Gehaltsstufe ist.

Frauen verdienen weniger, obwohl sie nicht weniger hart arbeiten. Lohnunterschiede sind eine systematische Spaltung - Frauen und Männer werden gegeneinander ausgespielt. Teile und herrsche, heißt das Prinzip. Genauso wie das kapitalistische System zwischen Menschen mit und ohne österreichischen Pass, BeamtenInnen, Angestellte und ArbeiterInnen Keile treibt, werden Arbeiterinnen und Arbeiter durch Ungleichbehandlung gegeneinander aufgebracht. Heute sind Frauen von der Offensive des Kapitals in verstärktem Ausmaß betroffen, wie die Entwicklung am Arbeitsmarkt zeigt; besonders Frauen werden in schlecht abgesicherte, niedrigbezahlte Beschäftigungsverhältnisse mit flexiblen Arbeitszeiten gedrängt. Der effektive Kampf um Gleichberechtigung muss bei der wirtschaftlichen Gleichstellung anfangen und die Männern der ArbeiterInnenklasse und der Mittelschicht sind aufgefordert, diesen Kampf gemeinsam mit uns zu führen.

DESHALB FORDERN WIR:

- ❖ Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit
- ❖ Einen Mindestlohn und eine gesicherte, eigenständige Mindestpension für beide Geschlechter von 1.100 Euro netto
- ❖ Gewerkschaftliche Aufsicht darüber, dass sozialrechtliche Standards in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen auch in Kleinstbetrieben eingehalten werden

- ❖ Wir brauchen eine Neubewertung des Arbeitsbegriffs dahingehend, dass besonders stressige, stumpfsinnige oder verantwortungsvolle Berufe mit einem hohen Lohn- und Freizeitausgleich honoriert werden

TEILZEITARBEIT UND FLEXIBILISIERUNG

DER Trend zur Teilzeitarbeit hält weiter an. Die Zahl der insgesamt teilzeitbeschäftigten Personen stieg in den letzten 20 Jahren von 170.000 im Jahr 1974 auf über 500.000 im Jahr 2001. Die Teilzeitquote (=Teilzeitbeschäftigte in Prozent aller Beschäftigten) der Frauen stieg in diesem Zeitraum von 14% auf 30%, bei Männern von 0,9% auf 3%. Etwa 85 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen.

Arbeitszeitflexibilisierung wird oft als Fortschritt für Frauen im Sinne einer besseren Integration von Frauen mit Betreuungspflichten in das Erwerbsleben angepriesen. Damit wird vermittelt, dass die einseitige Mehrfachbelastung der berufstätigen Frauen und die ihr zugrundeliegenden Umstände selbst nicht in Frage zu stellen sind. Die Probleme, die sich aus dem Zusammenfallen beruflicher und familiärer Aufgaben ergeben, werden automatisch den Frauen zugeordnet.

Arbeitszeitflexibilisierung wird von UnternehmerInnen häufig mit dem Schaffen von neuen Arbeitsplätzen argumentiert. Diese Arbeitsplatzgewinne sind bei genauerem hinschauen nur schwer als positiv zu bezeichnen, da der Großteil dieser neuen Erwerbsmöglichkeiten ungeschützte und nicht existenzsichernde Arbeitsformen sind. Neue Jobs entstehen vorwiegend in "prekären" Beschäftigungsverhältnissen. Während im Jahr 2002 in der Industrie Arbeitsplätze abgebaut worden sind, gab es Zuwächse bei den "Unternehmensdienstleistungen", dazu gehören Leiharbeit und die privaten Sicherheitsdienste. Im Handel, Kreditsektor und der öffentlichen Verwaltung werden Voll- in Teilzeitstellen umgewandelt. ArbeitsmarktexpertInnen rechnen damit, dass als Konsequenz daraus eine Gruppe von "Working Poor" entsteht, also Beschäftigte, deren Einkommen so gering ist, dass sie zur Aufnahme von mehreren Jobs gezwungen sind.

TEILZEITARBEIT IM HANDEL

DIE Handelsbranche ist mit 500.000 Beschäftigten einer der größten ArbeitgeberInnen in Österreich und eine typische Frauenbranche. 67,7% der Beschäftigten im Einzelhandel waren Frauen (Österreichischer Handelsverband 2002). Gerade hier ist ein massiver Austausch von Vollzeit- in Teilzeitkräften in Gang. Die Teilzeitquote im Handel beträgt

jetzt schon 40 % und wird in den nächsten Jahren vermutlich auf bis zu 60 % steigen. Die Gehälter werden in dieser Niedriglohnbranche damit immer geringer und eine gesicherte Existenz ist gefährdet. Der Trend zu McJobs in dieser Branche lässt sich an der sinkenden Arbeitszeit ablesen: Sie ist bei den Teilzeitbeschäftigten im Handel von Mitte 1999 auf Mitte 2001 von durchschnittlich 22 Stunden auf 20 Stunden gesunken. Hier macht sich die steigende Zahl der geringfügig Beschäftigten, die unter 300 Euro im Monat verdienen, bemerkbar. Wer einen Vollzeitjob möchte, kann ihn kaum noch bekommen. Die Beschäftigung ist im Handel im Jahr 2001 zwar um 6500 Personen gewachsen - der Zuwachs betrifft aber hauptsächlich Teilzeitarbeitsplätze. Insgesamt ist die gemeldete Arbeitslosigkeit im Handel steigend, für die nächsten Jahre ist mit einem Abbau der Beschäftigung zu rechnen. (Salzburger Nachrichten 28.3.2002) Ein Beispiel dafür, dass das Argument der UnternehmerInnen, Arbeitszeitflexibilisierung würde zusätzliche Jobs schaffen, nicht stimmt.

Trotz der prekären Arbeitsbedingungen ist für viele Frauen die Teilzeitarbeit die einzige Möglichkeit, Kinder, Haushalt und Job unter einen Hut zu bringen. Viele Frauen würden gerne Vollzeit arbeiten, müssen aber wegen der fehlenden Kinderbetreuungsplätze auf Teilzeittjobs ausweichen. Aufgrund der ihnen zugeschriebenen Versorgungspflichten sind Frauen gezwungen, schlecht bezahlte Jobs anzunehmen, die häufig unter ihrem Qualifikationsniveau liegt. Die schlechte Bezahlung ermöglicht wiederum keine finanzielle Eigenständigkeit. Die Frau wird noch stärker für Heim und Kinder verantwortlich gemacht, Aufstiegschancen werden völlig ausgeschlossen. Somit bleiben sie vom Mann abhängig. Außerdem bedeutet Teilzeitbeschäftigung für Frauen mit Kindern nicht mehr Freizeit, sondern bestenfalls eine Umverteilung zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit (im Haushalt). Unter gegenwärtigen Bedingungen ist Teilzeitarbeit nichts anderes, als eine Perfektionierung der patriarchalen und ökonomischen Ausbeutung der weiblichen Arbeitskraft. Teilzeitarbeit ist eine Arbeitsform, die die strukturelle Arbeitsteilung der Geschlechter sowie das Familienerhaltermodell aufrecht erhält.

Auch durch andere flexible Arbeitszeitformen wird die Ungleichbehandlung der Geschlechter am Arbeitsmarkt verfestigt. Frauen stellen 70 % der geringfügig Beschäftigten. Zwei Drittel der Geringfügigen lebt von weniger als 360 Euro im Monat. Bei geringfügiger Beschäftigung sind die ArbeitnehmerInnen nicht automatisch sozialversichert, und Arztbesuche, Amtswege etc. fallen in die Freizeit.

Job-sharing bedeutet, dass sich zwei oder mehrere Arbeitnehmer-

Innen einen oder mehrere Arbeitsplätze teilen und damit den Lohn. Die Arbeitszeit ist allerdings keineswegs so arbeitnehmerInnenfreundlich, wie oft behauptet wird - die Beschäftigten haben in der Regel wenig mitzureden. Die Lohnabhängigen tragen die Kosten für den Ausfall bei Krankheiten, Urlaub etc. selbst. Die UnternehmerInnen profitieren von der aufgrund der kurzen Arbeitszeit noch "frischeren" Arbeitskraft. Da jede/r ArbeitsplatzteilhaberIn Angst hat, daß sein/e PartnerIn zuwenig leistet, erhöht sich der Leistungsdruck, die ArbeiterInnen werden gegeneinander ausgespielt. KAPOVAZ (= kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit) ist Arbeit auf Abruf. Die Lohnabhängigen "dürfen" zu Hause bleiben und werden bei Bedarf in den Betrieb gerufen. Die Arbeitszeit und damit auch der Lohn sind nicht festgelegt. Die Frauen/ Männer können nicht außer Haus gehen, werden sie in den Betrieb gerufen, so ist der Stress enorm, da sie nur in Arbeitsspitzen eingesetzt werden.

Bei Heimarbeit, z.B. am Computer, ist die/der Lohnabhängige völlig isoliert. Die Organisation der ArbeitnehmerInnen ist daher so gut wie unmöglich, und die Kontrolle durch die UnternehmerInnen reicht bis in den Privatbereich.

Kombiniert mit den fehlenden Kinderbetreuungseinrichtungen werden vor allem alleinerziehende Frauen verstärkt in die Armut abgedrängt werden. Der Versuch der UnternehmerInnen, Kollektivverträge durch individuelle Arbeitsverträge zu ersetzen, macht vor allem Frauen noch erpressbarer - sie haben noch schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt als Männer und sind gewerkschaftlich schlechter organisiert. Flexibilisierung ist die Grundlage für eine Intensivierung der Arbeit, für steigenden Arbeitsdruck. Viele Frauen in Teilzeitstellen meinen, dass es sich nicht lohnt, Gewerkschaftsmitglied zu werden. Die Gewerkschaften kümmern sich oft nicht genügend um diese ArbeitnehmerInnen, die ja gerade auf ihren Schutz angewiesen sind.

Wir brauchen keine flexiblen Billig-Jobs, sondern eine Arbeitszeitverkürzung für alle!

EINE KAMPAGNE UM FOLGENDE FORDERUNGEN IST NÖTIG, UM DIESE FRAUEN ZU ORGANISIEREN:

- ❖ Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn und Mindestlohn von 1.100,- Euro netto
- ❖ Überstundenbezahlung auch für Teilzeitarbeitsplätze: ab der ersten Stunde, die über der vereinbarten Wochenarbeitszeit liegt
- ❖ Bei Teilzeitbeschäftigten sollte die tägliche Normalarbeitszeit grundsätzlich auf ein Fünftel der vereinbarten Wochenarbeitszeit reduziert werden - wird über die tägliche Normalarbeitszeit gearbeitet, sollen

Überstundenzuschläge bezahlt werden

- ❖ Alle ArbeitnehmerInnen, auch geringfügig Beschäftigte und freie DienstnehmerInnen müssen voll sozialrechtlich abgesichert und gesetzlich geschützt sein - z.B. was die Lohnersatzleistungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld sowie anteilmäßige Altersversorgung angeht
- ❖ Keine Umwandlung von Voll- in Teilzeitstellen, sondern das Recht auf Vollzeitarbeit
- ❖ Keine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten
- ❖ Für jedes Kind einen kostenlosen, ganztägigen Kinderbetreuungsplatz
- ❖ Verbot von KAPOVAZ (flexible Arbeitszeit auf Abruf)
- ❖ Die Nachtarbeit insgesamt auf das gesellschaftlich notwendige Minimum begrenzen
- ❖ Bei Lohnabschlüssen sollen vor allem Sockelbeträge als Lohnerhöhung vereinbart werden, damit die unteren Einkommen stärker ansteigen

FRAUEN UND ARBEITSLOSIGKEIT

HIER wird die Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt noch deutlicher. Zumindest seit 1986 ist die Arbeitslosenquote bei Frauen höher als bei Männern. Dabei melden sich viele Frauen gar nicht erst als arbeitssuchend (z.B. nach der Geburt eines Kindes) und scheinen daher nicht in der Statistik auf. Immer weniger Frauen kehren nach der Karenz ins Berufsleben zurück. Noch 1997 fing fast ein Drittel der Mütter (32,2%) nach der Karenzzeit wieder an, in der Privatwirtschaft zu arbeiten. Vier Jahre später, 2001, ging der Anteil auf etwas mehr als 28% zurück. Mangelnde Kinderbetreuungseinrichtungen sind ein Grund dafür. Frauen wird der Einstieg ins Berufsleben nach der Karenzzeit schwer gemacht: Entweder finden sie keine Kinderbetreuungseinrichtung, oder sie werden nach Beendigung der Behaltefrist gekündigt und haben dann nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Durch die Maßnahme der blau-schwarzen Regierung, dass der Kündigungsschutz nun kürzer als die Bezugsdauer des Kindergeldes ist, wurde dieser Trend weiter verstärkt.

So betrug die Arbeitslosenquote 2000 für Frauen 5,9 %, für Männer 5,8 %. In vielen Bereichen, wo an- oder ungelernete Arbeitskräfte als erste gekündigt werden, sind auch meistens Frauen die Betroffenen. Haben Frauen dagegen eine qualifizierte Ausbildung in einem "eher männlichen Beruf", werden sie wegen Vorurteilen oft nicht eingestellt bzw. fallen ebenfalls als erste der Rationalisierung zum Opfer, weil Männer ja

“Familienerhalter” sind. Viele Frauen, die aus familiären Gründen ihre Berufstätigkeit unterbrechen, haben keine Chance mehr, “neu einzusteigen”. Allein 46.000 Frauen in Österreich sind arbeitslos, weil sie nicht wissen, wer ihre Kinder tagsüber betreuen kann.

Zu den Einsparungen im Sozialbereich kommt der zunehmende generelle Mangel an Arbeitsplätzen, der es Frauen schwerer macht, überhaupt eine Arbeit zu bekommen. In Zeiten von Rezession und Umstrukturierungen in den Betrieben sind Frauen, und nicht nur die schlecht qualifizierten, meist die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren.

Frauen erhalten wegen der niedrigeren Löhne auch weniger Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Das durchschnittliche monatliche Arbeitslosengeld betrug im Jahr 2000 für Frauen 546 Euro, für Männer 744 Euro. Wenn Frauen Notstandshilfe beziehen müssen sie mit durchschnittlich 470 Euro pro Monat auskommen (Männer mit 600 Euro). Wenn der Ehemann “zuviel” verdient, wird die Notstandshilfe gestrichen - eine Maßnahme, die die Abhängigkeit weiter verstärkt.

Die immer stärker werdenden Schikanen gegen Arbeitslose machen es Frauen das Leben auch nicht gerade leichter. So sieht beispielsweise eine neue Regelung im Arbeitslosenversicherungsgesetz vor, dass Personen, die bisher nur Teilzeit gearbeitet haben, jetzt auch einen Ganztags-Arbeitsplatz annehmen müssen. Ansonsten wird das Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe gestrichen. Genau so fallen immer mehr Frauen aus der Notstandshilfe, besonders jene, die wegen der Kinder nur Teilzeitarbeit annehmen können. Die Notstandshilfe wird vom Arbeitsmarktservice ausbezahlt und beträgt etwa 90 % des zuletzt bezogenen Arbeitslosengeldes. In Österreich ist die Notstandshilfe an das Einkommen des/der im gemeinsamen Haushalt lebenden Partners/in gebunden. Da Männer meist wesentlich mehr verdienen, werden großteils die Anträge von Frauen auf Notstandshilfe abgelehnt. Im Jahr 2000 bezogen 173.252 Menschen zumindest vorübergehend Notstandshilfe. Für Männer gab es pro Tag durchschnittlich 19,8 Euro, für Frauen 15,2 Euro. Wegen zu hohen PartnerInneneinkommens wurden 10.66 Anträge abgelehnt, 89 % dieser abgelehnten Anträge gingen zu Lasten von Frauen. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes, ob diese Praxis gegen das Diskriminierungsverbot im EU-Recht verstößt, steht noch aus. Wer keine Betreuungseinrichtung für das Kind findet, hat so keine Chance auf Arbeit. Beim Arbeitsmarktservice werden Frauen noch mehr unter Druck gesetzt, wenn geschlechtsspezifische Probleme herausgefunden werden sollen. Dazu zählen “Betreuungspflichten” oder eine Ausbildung in “typischen Frauenberufen”. Wenn Frauen keine Betreuungsplätze für ihre Kinder finden, um an den Fortbildungs-

programmen teilnehmen zu können, wird ihnen die Notstandshilfe gestrichen. Zusätzlich wurden im Rahmen der Kürzungen beim Arbeitsmarktservice auch noch Frauenberatungsstellen geschlossen, die arbeitssuchenden Frauen Beratung bieten.

Ab einem Alter von 46 Jahren ist ein Großteil der Frauen von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Die Zahl der Österreicherinnen und Österreicher, die länger als ein Jahr ohne Arbeit sind, hat im Jänner 2003 wieder einen Höchststand erreicht. Frauen sind durchschnittlich länger als Männer arbeitslos. Im Jahr 2000 waren 17 % der Frauen und 13 % der Männer länger als sechs Monate arbeitslos. Wird Arbeitslosigkeit zum Dauerzustand, dann steigt speziell für Frauen die Gefahr, in die Armut abzudriften. Mit ca. 56 % des letzten Nettogehalts ist das Arbeitslosengeld in Österreich sehr niedrig angesetzt. bei der Hälfte der Arbeitslosen ist die Unterstützung niedriger als die festgelegte Armutsgrenze, nämlich die Ausgleichzulage für PensionistInnen (643 Euro). Da Frauen wesentlich weniger verdienen als Männer (siehe "Löhne und Arbeitsbedingungen") sind sie häufig auf Sozialhilfe neben dem Arbeitslosengeld angewiesen. Das kann der Auslöser für eine Schuldnerkarriere sein: Sozialhilfe muss in allen Bundesländern (außer in Wien) zurückbezahlt werden, sobald man wieder verdient und das bedeutet Lohnpfändungen.

Wir brauchen gutbezahlte, sichere Arbeitsplätze. Wenn die UnternehmerInnen behaupten, es gäbe zu wenig Arbeit, dann muss die Arbeit auf alle gerecht verteilt und die Arbeitszeit verkürzt werden - bei vollem Lohn.

WIR FORDERN:

- ❖ Keine Kürzungen der Leistungen für Arbeitslose - sie sind nicht schuld am Arbeitsplatzabbau! Eine Mindestzahlung von 1.100 Euro für jede/n Arbeitslose/n, unabhängig vom letzten Bruttolohn
- ❖ Ausdehnung der Behaltefrist am Arbeitsplatz nach der Karenzzeit auf mindestens so lange dass Anspruch auf Arbeitslosengeld besteht
- ❖ Kampf um jeden Arbeitsplatz - Arbeit für alle
- ❖ Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden wöchentlich bei vollem Lohnausgleich
- ❖ Verkürzung der Lebensarbeitszeit mit der Möglichkeit, bei voller Pensionszahlung mit 55 Jahren aufzuhören

DISKRIMINIERUNG AM BEISPIEL TEXTILINDUSTRIE

DIE Textilindustrie zeichnet sich durch zwei wesentliche Merkmale aus: Sie ist eine Branche mit hohem Frauenanteil und sie ist eine Niedrig-

lohnbranche. Zwei Merkmale, die in direktem Zusammenhang stehen. Denn die Textilindustrie ist eine Niedriglohnbranche wegen des hohen Frauenanteils, und sie ist eine Frauenbranche wegen des niedrigen Lohnniveaus. Die Textilindustrie ist aber auch ein Beispiel dafür, wie das Gleichbehandlungsgesetz umgangen und wie Frauen in schlechter bezahlte Bereiche abgeschoben und aus dem Berufsleben gedrängt werden.

In der Regel gibt es 12 Lohngruppen, wobei die Frauen vor allem in den unteren (= schlechter bezahlten) zu finden sind. Das Verhältnis zwischen unterster und oberster Lohngruppe beträgt etwa 70 zu 100. In den unteren Lohngruppen finden sich sogar noch geschlechtsspezifische Berufsbezeichnungen wie "Helferin" oder "Laufmädchen" - Bezeichnungen, die eigentlich verboten sind, deren Änderung aber an den Unternehmern scheitert. Eine weitere Diskriminierung ergibt sich aus der unterschiedlichen Bezahlung der Hilfsarbeit. Hier gibt es in der Lohngruppe 1 "leichte Hilfsarbeiten" (hier werden Frauen eingestuft) und in der Lohngruppe 2 "Hilfsarbeiten" (hier werden Männer eingestuft). Der Kollektivvertrag definiert nicht näher, was "leicht" ist, die Zuordnung erfolgt also willkürlich. Denn dass die "leichten" Tätigkeiten tatsächlich leichter sind, ist fern jeder Realität. Frauen in der Textilindustrie sind schwerer körperlicher und monotoner Arbeit unter starker Umweltbelastung durch Staub, Dämpfe, Hitze, Kälte und enormen Stress, vor allem infolge immer höherer Leistungsvorgaben (Akkord), ausgesetzt. Dem "schwachen Geschlecht" werden härteste und gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen unter miesester Bezahlung zugemutet.

In der Textilindustrie treten eine Reihe von Faktoren, die zur schlechten Bezahlung von Frauen führen, zusammen auf. Eintönigkeit und Monotonie stimmen mit bestehenden Vorstellungen von weiblichen Arbeitsgewohnheiten überein. Frauen sind weniger mobil, erhalten in der Regel eine schlechtere Ausbildung und sind daher eher gezwungen, einen schlechter bezahlten Job anzunehmen. Wegen dieser "Eigenschaften" sind sie auch stärker von Arbeitsplatzabbau betroffen. Die Krise, in der sich die Textilindustrie seit Jahrzehnten befindet, wird auf dem Rücken der Frauen ausgetragen. Innerhalb der Branche werden Frauen in die schlechter bezahlten Lohngruppen eingestuft oder müssen gar als Heimarbeiterinnen arbeiten. Ausbeutung in Reinkultur.

SEXUELLE BELÄSTIGUNG AM ARBEITSPLATZ

SEXISTISCHE Witze, abschätzige Bemerkungen oder Hinterherpfeifen gehören für die meisten Frauen zum Arbeitsalltag. Pornographische

Bilder, die an gemeinsam von Frauen und Männern benutzten Arbeitsplätzen hängen, sind leider nicht selten. Darüber hinaus erfasst sexuelle Belästigung unerwünschte, wiederholte körperliche Übergriffe mit eindeutigem sexuellen Inhalt.

81 % der berufstätigen Frauen in Österreich haben irgendeine Art der sexuellen Belästigung erlebt. Ein Drittel der befragten Frauen erlebt sie alle paar Tage. Betroffen sind vor allem junge Frauen in unsicheren Positionen oder Abhängigkeitsverhältnissen. 40 % der Täter gehört zum näheren Kollegenkreis, 20 % der Täter sind Vorgesetzte, 15 % sind Kunden, Klienten oder sonstige Geschäftspartner, 10 % sind eine Gruppe von Kollegen, 10 % sind Personalvertreter oder Fremdpersonal, 5 % sind Ausbilder.

Sexuelle Belästigung hat schwerwiegende Folgen, die nicht heruntergespielt werden dürfen: ein angekratztes oder zerstörtes Selbstbewusstsein, Beklemmung und Hilflosigkeit, die schnell zu Schlaf- und Konzentrationsstörungen, Kopfschmerzen und stressbedingten Krankheiten aller Art führen können. Längere Abwesenheit vom Arbeitsplatz ist oft das Ergebnis.

Obwohl viele Frauen heutzutage selbstbewusster sind und sich nicht alles gefallen lassen, wissen sie oft nicht, wie sie sich schützen können. Weil die Belästiger in vielen Betrieben geduldet werden und das Thema faktisch tabu ist, finden die betroffenen Kolleginnen selten Unterstützung und glauben sich allein mit ihrem Problem. Dazu kommt noch, dass sie oft schlechter dastehen, wenn sie sich wehren. Beschwerden der Belästigten führen oft zu direkten Nachteilen wie betriebsinternem Klatsch aber auch Versetzung, schlechte Bewertungen. Ein Teil der belästigten Frauen wurde sogar entlassen. Die Folge ist, dass sich nur ein sehr geringer Prozentsatz der Frauen beim Betriebsrat, bei Vorgesetzten oder der Gleichbehandlungsanwältin beschwert. Häufig verlassen Frauen von sich aus den Betrieb oder lassen sich versetzen, weil sie das Klima nach der/durch die Belästigung nicht mehr aushalten.

Dass Männer sich dazu berechtigt fühlen, Frauen zu belästigen, liegt an der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern im Betrieb (Frauen sind Arbeitskräfte zweiter Wahl) und am gesellschaftlichen Bild der Frau allgemein. Aber keine Frau muss solche Erniedrigung dulden, und es kann viel dagegen getan werden!

Das Gleichbehandlungsgesetz aus dem Jahre 1979, das 1993 novelliert wurde, umfasst nun auch ausdrücklich die sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz. In diesem Gesetz sowie im sogenannten "Bundesgesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und die Förderung von Frauen im Bereich des Bundes" sind erstmals Schaden-

ersatzansprüche der Betroffenen gegenüber den Belästigern und, falls die ArbeitgeberInnen keine angemessene Abhilfe schaffen, auch gegen diese festgeschrieben. Damit das Gesetz jedoch nicht nur auf dem Papier existiert, müssen die Gewerkschaften dafür kämpfen, dass z.B. BetriebsrätInnen ein Instrument erhalten, um betroffenen Frauen wirksam zu helfen. Darüber hinaus müssen sich die Gewerkschaften für die volle Gleichberechtigung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz einsetzen, um den Nährboden für sexistisches Verhalten im Betrieb dauerhaft auszurotten. Dazu gehört, dass

- ❖ BetriebsrätInnen und Vorgesetzte durch fachliche Schulung für das Problem sensibilisiert werden, damit sich die Betroffenen an sie wenden können, im Vertrauen darauf, dass ihre Beschwerde ernst genommen wird
- ❖ die Belegschaft systematisch darüber aufgeklärt wird, was sexuelle Belästigung ist, welche gesundheitlichen und psychischen Folgen für die Opfer daraus entstehen und welche gesetzliche Handhabe belästigte Frauen haben
- ❖ alle Frauen herabwürdigenden Bilder und sonstiges sexistisches Material vom Arbeitsplatz entfernt werden

Sozialabbau trifft vor allem Frauen

ARMUT IST WEIBLICH

DIE sozialen Verhältnisse in Österreich sind schlimmer geworden. Die UnternehmerInnen und ihre HandlangerInnen in der Politik haben schon vor vielen Jahren zum Generalangriff auf Löhne und Sozialleistungen geblasen. Seit Anfang der 90er Jahre gab es Verschlechterungen, bei der Arbeitszeit, beim Arbeitslosengeld, bei der Notstandhilfe, im Gesundheitswesen und vor allem bei den Pensionen. Die Anzahl der extrem schlecht bezahlten Arbeitsplätze ist gestiegen, wovon Frauen besonders betroffen sind. Noch immer gibt es zu viele Berufe, die nicht kollektivvertraglich geregelt sind, wo es also keine abgesicherte Mindestentlohnung und oft kein Urlaubs- und Weihnachtsgeld gibt. Aber auch Kollektivvertrag heißt noch nicht automatisch soziale Sicherheit. Oft werden diese dazu verwendet um die Arbeitszeit so weit zu flexibilisieren, dass keine Überstundenzuschläge mehr bezahlt werden müssen. Soziale Errungenschaften, die von der ArbeiterInnenbewegung erkämpft worden sind (wie etwa der 8-Stundentag, die 40 Stundenwoche oder die Arbeitstruhezeiten) werden dadurch stark zurückgedrängt. So hat sich die Arbeits- und Einkommenssituation für Frauen im Handel, bei den persönlichen Dienstleistungen, im Reinigungsgewerbe und vielen anderen Bereichen trotz Kollektivvertrag stark verschlechtert. Dazu kommen diversen Sparmaßnahmen bei jungen Müttern, StudentInnen, Arbeitslosen, sozial Schwachen und Pflegebedürftigen. Mit dem Propagandatricks "Nulldefizit" werden Sozialleistungen gekürzt oder abgeschafft, denn die Steuergeschenke der letzten Jahre an die Reichen wollen finanziert sein. Die Kombination aus schlechten Jobs und Verschlechterungen im Sozialbereich treibt vor allem Frauen in die Armutsfalle. Diese Politik geht weiter, wenn keine starke Bewegung dagegen entsteht!

In Zeiten wirtschaftlicher Krisen, und des "Sparens" wird versucht, Frauen wieder verstärkt in ihre "traditionelle" Rolle zurückzudrängen. Genau darum geht es auch beim Kindergeld, wenn 1. Kinder kriegen an sich (scheinbar) belohnt wird und 2. die Bezugsdauer des Kindergeldes länger ist als der Kündigungsschutz am Arbeitsplatz. Durch diese Maßnahmen sollen Frauen aus der Erwerbsarbeit gelockt bzw. auch gedrängt werden. Die Erhöhung der Zuverdienstgrenze war ein geschickter Schachzug der ÖVP. Damit wird vermittelt, dass die Vereinbar-

keit von Beruf und Familie erleichtert wird. Tatsächlich sieht es jedoch anders aus. So gilt der Kündigungsschutz nur dann, wenn man/frau bis zur Geringfügigkeitsgrenze und maximal 13 Wochen im Jahr mehr dazu verdient. Die Auswirkungen einer derartigen Politik zeigen sich daran, dass von 1997 auf 2001 der Anteil der Frauen, die nach der Karenzzeit wieder ins Berufsleben zurückkehrten von mehr als 32 % auf 28 % gesunken ist (in der Privatwirtschaft). Grundsätzlich ist es zu begrüßen, wenn Studentinnen oder Bäuerinnen finanzielle Unterstützung zur Versorgung von Kleinkindern bekommen. Bezeichnend ist es aber auch, wenn in der ÖVP-Propaganda immer diese zwei Berufsgruppen hervor gehoben werden.

Ein pauschales Kindergeld als "Gebärprämie" ist abzulehnen. Weg mit jedem Kinder-Karenz-oder-wie-auch-immer-Geld, dass Frauen aus dem Arbeitsmarkt und in die Abhängigkeit von Männern drängt, dass Frauen dazu drängt, dass sie die Kinderversorgung übernehmen weil es sich finanziell nicht anders aus geht, a'la: "Mein Mann verdient mehr, auf sein Gehalt können wir nicht verzichten." So lange einen solchen finanziellen Druck motiviert durch die Lohndifferenzen am Arbeitsmarkt existiert, besteht keine Wahlfreiheit der Eltern wer in Karenz geht. Um Rahmenbedingungen zu schaffen die Kindererziehung zu einen freudigen gleichberechtigten Ereignis machen, greift eine Maßnahme allein, auf Grund der Komplexität des Themas, immer zu kurz. Gerade bei diesem Thema zeigt sich der Teufelskreis der Frauendiskriminierung in unserer Gesellschaft: Frauen betreuen die Kinder weil sie weniger verdienen. Frauen verdienen weniger weil sie für die Kinderbetreuung zuständig sind. Eine wesentliche Forderung muss die Ausdehnung des Kündigungsschutzes bis mindestens zum Erreichen des Anspruches auf Arbeitslosengeld und kostenlose Kinderbetreuung sein!

In Österreich fehlen nach wie vor ca. 200.000 Kinderbetreuungsplätze. Durch die Streichung der zweiten Hälfte des 2. Karenzjahres 1995, wurde die Schaffung von schätzungsweise weiteren 40.000 Kinderbetreuungsplätzen notwendig. Die Vermutung liegt nahe, dass durch die Einführung des Kindergeldes massiv Kinderbetreuungsplätze eingespart werden sollen, wenn Frauen statt 1,5 nun bis zu 2,5 Jahre zu Hause bleiben können/sollen. Während in Wien 40 Betreuungsplätze für Kinder auf 1000 EinwohnerInnen kommen, gibt es nach wie vor Bundesländer, die nur über 25 bis 30 Betreuungsplätze pro 1000 EinwohnerInnen verfügen. Besonders kritisch ist die Situation für Kinder unter zwei Jahren, hier besteht in allen Bundesländern Handlungsbedarf, ebenso wie bei der Ganztagesbetreuung.

Alleinerziehende Mütter werden somit verstärkt vom Arbeitsmarkt

gedrängt, wenn sie nach dem Kindergeldbezug keinen Betreuungsplatz für ihr Kind haben. Dazu kommt das sich die Kriterien zum Bezug von Arbeitslosengeld in den letzten Jahren massiv verschlechtert haben. Denn keinen geeigneten Kindergartenplatz zu haben oder ein zu langer Weg zur Arbeit sind heute längst keine Gründe mehr, einen Job abzulehnen. Wird dann ein solcher Job nicht angenommen droht die Streichung des Arbeitslosengeldbezugs/der Notstandshilfe - und das nicht nur theoretisch. Zusätzlich hart ist die Neuregelung bei den Pensionen: Unter der SPÖ-ÖVP -Regierung wurden die nötigen Versicherungsmonate schrittweise von 420 auf 450 erhöht. Die Pension wird bei Pensionsantritt nach 35 Versicherungsjahren auf 60 % statt bisher 64,5 % der Bemessungsgrundlage gekürzt. 2000 wurde das Frühpensionsalter auf 56,5 Jahren bei Frauen angehoben. Das führt auch dazu, dass ältere Frauen, die ihren Job verlieren, wieder verstärkt von den Ehemännern abhängig sind. Erstens, da sie noch länger auf die Pension warten müssen (in der Zeit der Arbeitslosigkeit bekommen sie 6 Monate Arbeitslosengeld und danach nur ein geringe oder keine Notstandshilfe wenn das Einkommen des Partners "zu hoch" ist) und zweitens, ihre eigene Pension extrem niedrig ist.

Zu den Angriffen auf den Lebensstandard kommt noch der Abbau von mühsam erworbenen Rechten. Das Nachtarbeitsverbot für Frauen, das lange als Errungenschaft der ArbeiterInnenbewegung anerkannt war, wurde abgeschafft. Bereits jetzt arbeiten viele Frauen beispielsweise in Pflegeberufen in der Nacht und leiden massiv darunter. Bis zu 80 % der NachtarbeiterInnen klagen über Schlafstörungen, mehr als 50 % leiden unter Magen- und Darmkrankheiten. Den UnternehmerInnen geht es nicht um Gleichberechtigung, sondern darum, die Maschinenauslastung zu erhöhen. Damit diese rund um die Uhr laufen - um die Profite zu erhöhen - soll die Arbeitszeit "flexibilisiert" werden. Zur Zeit befinden sich die UnternehmerInnen in der Offensive und fahren einen Angriff nach dem anderen. Frauen sind davon doppelt betroffen!

Die Armut ist in Österreich zu einem großen Teil weiblich. Sie trifft sowohl Frauen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen wie solche, die einen Arbeitsplatz haben. Der neue Begriff der "working poor", also der Menschen, die trotz Arbeitsplatz arm sind, trifft vor allem auf Frauen zu. Auch hier erweist sich die Arbeitszeitflexibilisierung als tückische Falle, vor allem in der Kombination mit Teilzeit. Die Arbeitszeitflexibilisierung ermöglicht schon heute den ArbeitgeberInnen, "ihre" ArbeitnehmerInnen nach Belieben einzusetzen. Oft verändern sich die Arbeitszeiten von Woche zu Woche, das heißt, wenn eine Frau nur einen Teilzeitjob hat, müsste sie einen zweiten Job finden, bei dem sie genau dann arbei-

ten kann, wenn sie ihre andereR ArbeitgeberIn nicht braucht. In der Realität eine Unmöglichkeit!

Von den 550.000 Teilzeitbeschäftigten sind 85% Frauen! Und Teilzeitbeschäftigung gibt es vor allem in Branchen mit niedrigen Löhnen. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn 20 % der armutsgefährdeten Personen Alleinerzieherinnen sind. 80% von ihnen haben eine Erwerbsarbeit. Die schlechte Bezahlung setzt sich in der Arbeitslosigkeit fort.

Der durchschnittliche Arbeitslosenbezug betrug im Jahr 2000 für Frauen 546 Euro und für Männer 744 Euro. Bei der Notstandshilfe sind es 470 Euro für Frauen, bei Männern 600 Euro! Bei diesen Zahlen gilt es zu bedenken, dass im Jahr 2000 die Verschlechterungen der blauschwarzen Regierung (Senkung des Arbeitslosengeldes, Notstandshilfe, Kürzung der Familienzuschläge, drastische Senkung der Notstandshilfe bei niedrigen Einkommen) noch nicht voll gegriffen haben (mehr Zahlen dazu im Teil "Frauen und Erwerbsarbeit").

Ca. 200.000 Menschen sind in Österreich "geringfügig beschäftigt". Das heißt, sie haben maximal 307 Euro pro Monat zur Verfügung. 37 % aller geringfügig Beschäftigten kommen aus Haushalten, in denen das Pro-Kopf- Einkommen unter 625 Euro liegt. Zieht man die Einkommen von PartnerInnen oder Eltern ab und addiert alle persönlichen Einkommen (also z.B. Arbeitslosengeld, Pension oder anderen Nebenjob), so haben zwei Drittel aller geringfügig Beschäftigten weniger als 360 Euro Einkommen. Sie sind also entweder sehr arm, vom PartnerInnen-Einkommen abhängig oder beides. Über 70 % der geringfügig Beschäftigten sind Frauen.

Die Regierung (egal aus welchen der vier Parlamentsparteien) und UnternehmerInnen betreiben Sozialabbau, Lohnkürzungen und "Zurück zu Heim und Herd"-Propaganda. Wir lehnen das ab! Das Programm der UnternehmerInnen ist ein Katastrophenkonzept, besonders für Frauen. Die Krise haben nicht wir zu verantworten, die UnternehmerInnen sollen zahlen. Arbeitslose Frauen, prekär Beschäftigte Arbeiterinnen Angestellte, Alleinerzieherinnen, Immigrantinnen müssen gemeinsam für eine Veränderung kämpfen. In Betrieben, Dienststellen auf Arbeitsämtern müssen wir gemeinsam Widerstand leisten. Verschlechterungen im Sozialrecht, Arbeitszeitflexibilisierung usw. sind immer das Ergebnis eines politischen Kräfteverhältnisses. Dieses Kräfteverhältnis kann sich nur durch Widerstand der Betroffenen ändern!

KÄMPFEN WIR GEMEINSAM:

- ◆ Rücknahme aller Kürzungen
- ◆ Flächendeckende kostenlose ganztägige Kinderbetreuung

- ❖ Kündigungsschutz nach der Karenz mindestens bis zum Recht auf Arbeitslosenbezug
- ❖ Weg mit der Arbeitszeitflexibilisierung zu Lasten der Beschäftigten - Rücknahme der Arbeitszeitgesetznovelle von 1997
- ❖ Die Arbeit auf alle gerecht verteilen! Sofortige Reduzierung der Wochenarbeitszeit auf 30 Stunden bei vollem Lohn als Einstieg in weitere Arbeitszeitverkürzungen
- ❖ Reduzierung der täglichen Normalarbeitszeit auf 6 Stunden
- ❖ Keine Privatisierung! Die Folgen sind immer Arbeitsplatzabbau und mehr Stress für die ArbeitnehmerInnen sowie höhere Preise und schlechtere Dienstleistungen für die VerbraucherInnen
- ❖ Unbegrenzter Bezug des Arbeitslosengelds - Streichung der Notstandshilfe!
- ❖ Mindestarbeitslosengeld: 1.100,- Euro netto
- ❖ Mindestpension: 1.100,- Euro netto
- ❖ Statt weiteren Verschlechterungen im Pensionssystem für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit

Gewalt ist alltäglich!

FRAUEN sind in vielen Bereichen Opfer von Gewalt: auf der Strasse, in der Familie, am Arbeitsplatz, im Beisl. Jede Frau kennt die Angst vor Gewalt, beispielsweise vor sexueller Belästigung am Heimweg. Offiziellen Schätzungen zufolge wird in Österreich mindestens eine Frau pro Stunde vergewaltigt. Mehr oder weniger bewusst richten die meisten Frauen ihr Alltagsleben darauf ein, verzichten mitunter darauf, auszugehen, nehmen Umwege in Kauf, um dunkle Strassen zu meiden. Frauen müssen ihren Lebensraum einschränken, weil Geld lieber für anderes, als für den Ausbau eines flächendeckenden öffentlichen Nahverkehrs und guter Straßenbeleuchtung verwendet wird. Männer haben eine Machtstellung gegenüber Frauen in dieser kapitalistischen, patriarchalen Gesellschaft. Frauen werden durch die finanzielle Abhängigkeit dazu gedrängt, bei gewalttätigen Ehemännern zu bleiben, sexuelle Belästigung durch Ausbilder und Vorgesetzte zu ertragen. Gewalt gegen Frauen geschieht nicht nur direkt und individuell, sondern auch gesellschaftlich und staatlich; inklusive verschiedener Formen der Diskriminierung, Prostitution und Pornographie. Gewalt ist nicht einfach ein privates Problem der betroffenen Frauen. Gewalt hat gesellschaftliche Ursachen und findet gesellschaftliche Rechtfertigung. Dem entsprechend ist der Umgang mit den Opfern.

VERGEWALTIGUNG

BEZÜGLICH Vergewaltigungen halten sich heute noch eine Reihe von Mythen, die verschleiern sollen, dass es sich um strukturelle Gewalt in einer heruntergekommenen Gesellschaft handelt. Dazu gehört die Vorstellung vom "Geisteskranken", der in einer dunklen Seitengasse "spontan" ein junges Mädchen anfällt (noch dazu, weil sie aufreizend angezogen ist). In 80 % der Vergewaltigungs-Fällen kennen Opfer und Täter einander. Rund 70 % der Vergewaltigungen werden geplant. Auch die Darstellung des Durchschnitttäters als arbeitslosen "Unterschichtler" versucht abzulenken: 60 % der Täter kommen aus Mittel- oder Oberschicht, ebenso viele sind vor der Vergewaltigung nicht vorbestraft. Ein Großteil ist dies auch nach einer Vergewaltigung nicht.

UMGANG DER JUSTIZ

VON geschätzten 8.000 Vergewaltigungen pro Jahr werden etwa 800 angezeigt. In einem Drittel der Fälle kommt es zum Freispruch, weniger als ein Zehntel muss ins Gefängnis (somit nur ein Hundertstel der Vergewaltiger!). Ehemänner, die von ihren Frauen der Vergewaltigung beschuldigt werden, werden prinzipiell freigesprochen. Der sexuelle Missbrauch ‚geistig behinderter‘ Frauen ist dem österreichischen Strafgesetzbuch nach eine ohne große Schwierigkeiten zu verzeihende Tat. Heiratet der Täter sein Vergewaltigungsopfer danach, kommt er im Regelfall gänzlich straffrei davon.

Ein Paradebeispiel für den Umgang der österreichischen (und nicht nur dieser) Justiz mit Gewalt an Frauen ist die Niederschlagung einer Anzeige des Linzer Frauenhauses gegen eine niederösterreichische Pseudo-Band namens „Die Hinichen“, die Liedtexte wie „Wir mischen auf im Frauenhaus“ und „Heit drah i sie ham“ („Heute bringe ich sie um“) von sich geben. (APA, 18.11.2002). In dieses gesellschaftliche „Sittenbild“ passt auch der oft missbräuchliche Umgang mit der Frauen-Helpline (<http://www.frauenhelpline.at/>). Fast ein Drittel aller Anrufe muss von den Beraterinnen als „Provokation“ und teilweise „sexualisierte Beschimpfung“ registriert werden. Die Hilfe für Opfer häuslicher Gewalt wird von Männern als Bedrohung empfunden und attackiert.

VERBESSERUNGEN?

DIE Novellierung der Strafprozessordnung 1987 enthielt durchaus Verbesserungen für Opfer sexueller Gewalt. Unter Umständen kann das Opfer nun die Beantwortung von unzumutbaren Fragen verweigern (§153 Abs 2 StPO), und es hat das Recht, sich dem Strafverfahren als Privatbeteiligte anzuschließen (und in Folge zivilrechtliche Forderungen geltend machen). Mit der Strafprozessänderungsgesetz 1993 war die ‚schonende‘ (videounterstützte) Vernehmung von Sexualopfern - allenfalls unter Beiziehung von Sachverständigen - möglich. Das Strafrechtsänderungsgesetz 1998 erweiterte diese Regelung (§162a, 250 StPO). Das alles bedeutet aber auch, dass es vorher noch viel schlimmer für die Betroffenen war! Erst 1996 wurde verfügt, dass mindestens eine Schöffin oder eine Richterin bei der Verhandlung anwesend sein muss. Wenn sich an den gesellschaftlichen Verhältnissen nichts grundlegendes ändert, werden solche - mitunter überfälligen - Verbesserungen (wenn überhaupt) lediglich die Folgen etwas mildern, die Gewalt jedoch nicht unterbinden können.

Im Regelfall tragen Polizei und Gericht sogar dazu bei, der Frau Schuldgefühle aufzulasten. Erniedrigende Fragen nach dem genauen Tathergang sind keine Seltenheit. Das geht soweit, dass die Frau angeben soll, wie tief er denn eingedrungen sei - in Zentimetern, bitte. Stundenlange Verhöre und Fragen nach ihren sexuellen Vorlieben zielen darauf ab, das Opfer zumindest ebenso als "moralisch verwerfliche Person" darzustellen und die Tat zu verharmlosen. Oft genug haben Frauen nach der Gerichtsverhandlung gesagt, sie fühlten sich, als wären sie ein zweites Mal vergewaltigt worden.

WIR FORDERN:

- ❖ Information der Frauen über ihre Rechte bei der Anzeige und im Verfahren. Privatbeteiligung, Schadensersatzanspruch, schonende Befragung, Recht auf Einvernahme durch eine weibliche Polizistin dürfen nicht nur auf dem Papier existieren.
- ❖ "Nein" bedeutet "Nein"! Durch psychologische Zusatzaus- und Weiterbildung muss RichterInnen, StaatsanwältInnen und PolizeibeamtInnen beigebracht werden, grundsätzlich dem Opfer zu glauben. Ziel muss sein, jegliche weitere Demütigung der Frau zu vermeiden und den Prozess für das Opfer möglichst schonend zu gestalten.
- ❖ Rücknahme der Subventionskürzungen für Beratungsstellen! Autonome feministische Einrichtungen (wie z.B. der "Verein Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen und Mädchen") müssen finanziell ausreichend unterstützt und ausgebaut werden.
- ❖ Einrichtung einer unabhängigen Anlauf- und Beratungsstelle für Frauen, die von Gewalt betroffen sind; in den Bezirksgerichten, die erstens juristische Beratung, Vermittlung zu in diesem Bereich erfahrenen AnwältInnen etc. anbieten und zweitens Beschwerdestelle für diskriminierende Behandlung der Frauen durch RichterInnen, StaatsanwältInnen etc. im Scheidungsverfahren oder in Prozessen wegen Vergewaltigung oder Körperverletzung.
- ❖ Die in Vergewaltigungsfällen amtierenden RichterInnen etc. müssen der öffentlichen Kontrolle durch Gewerkschaften, JuristInnen und Frauenbeauftragten unterliegen.
- ❖ Stadtplanung auch nach Fraueninteressen. Das heißt z.B. Ampeln statt Unterführungen, ausreichende Straßen-Beleuchtung, eigene Parkplätze für Frauen in Tiefgaragen, keine sexistischen Plakate etc.
- ❖ Flächendeckend ausgebauter öffentlicher Nahverkehr rund um die Uhr zum Nulltarif; bis dahin kostenlose Nachttaxis für Frauen.

ZUNAHME DER GEWALT

„DIESTANDARD.AT“ merkte am 21.11.2002 an, dass laut Exekutive „jede fünfte in einer Beziehung lebende Frau in Österreich von Gewalt betroffen“ ist. Das Linzer Frauenhaus nennt „verstärkte Zukunftsängste und deren Nichtbewältigung“ als gewaltfördernde Gründe. Der Anstieg von Übergriffen bzw. dem Bekanntwerden dieser wird von mehreren Stellen bestätigt: Die Zahl der Frauen-Helpline-Anrufe verdoppelte sich von 2000 auf 2001! Ebenso berichtet die Leiterin des Linzer Frauenhauses im ‚dieStandard‘ (18.11.2002) von deutlich mehr Frauen als 2001, die unmittelbar Schutz suchen. Polizeiliche Einätze, um Frauen vor ihren Gewalttätigen Männern zu schützen, ist von 1998 mit 188 Fällen auf 1468 im Jahr 2002 gestiegen. Das Wegweiserecht, ebenfalls eine sehr junge rechtliche Errungenschaft, wird dabei in jedem dritten Fall angewandt.

Unterdrückung und Gewalt, vornehmlich an Frauen, ist gesellschaftlich akzeptiert. Die Frau wird - oftmals „augenzwinkernd“ - als „Eigentum“ ihres Mannes gesehen. Viele Täter geben Eifersucht als Motiv an. Zugeschlagen wird oft, wenn die Frau ihn zu verlassen wagt.

GEWALT IN DER FAMILIE

WARUM fühlen sich Männer berechtigt, Gewalt gegen Frauen anzuwenden? In der kapitalistischen Gesellschaft gilt das „Recht des Stärkeren“. Druck wird immer nach unten weitergegeben. Bei der Stellung und Rolle, die Frauen im Kapitalismus haben und die ihnen in der Familie zudedacht wird, bekommt sie oftmals die angestaute Brutalität dieser Gesellschaft zu spüren. Stress mit Vorgesetzten, Angst vor drohender Arbeitslosigkeit, soziale Missachtung, die ein Sozialhilfe-Empfänger erfährt, die Ängste eines Asylsuchenden: all das kann meist noch eine Stufe „nach unten“ weiter gegeben werden: an die Frau und möglicherweise an Kinder. Jede neoliberale Sparmassnahme verschärft diesen Druck auf Frauen, sowohl allein stehende wie in Familien.

Die Verdrängung der Frauen vom Arbeitsmarkt wird von den etablierten Parteien gefördert. Die FPÖ-Familienbroschüre fordert unverblümt: „Eine Entlastung des Arbeitsmarktes durch Abbau der Frauenbeschäftigung“, um „die Verfügbarkeit der Mutter für Kinder und Familie“ sicherzustellen. Zusammen mit dem Wirken der Unterhaltungsindustrie, speziell dem milliardenschweren Pornographie-Geschäft und der sexistischen Werbebranche wird ein Klima geschaffen, in dem die Frau als Ware gehandelt wird und es „normal“ wirkt, ihr gegenüber Machtstellung durch diverse Formen der Gewalt auszudrücken.

Verstärkt werden diese Probleme durch finanzielle Sorgen, überbordende Schulden, Wohnungsnot, Alkoholismus und andere Drogen. Die Hemmschwelle für Gewalt wird dabei drastisch gesenkt.

Wenn Politiker und Medien von Gewalt gegen Frauen in der Familie reden, klingt das in der Regel nach "peinlichen Ausfällen". Wir sagen: Diese Gewalt ist keine ‚Fehlfunktion‘, die in einigen Familien vorkommt. Sie betrifft alle Gesellschaftsschichten. Sie reicht von Beschimpfung, anhaltende verbale Erniedrigung, körperliche Misshandlungen verschiedener Grade, Vergewaltigung bis hin zum Mord. In Österreich werden pro Monat durchschnittlich zwei Frauen von ihrem Partner ermordet. Schwere Misshandlungen sind dabei nicht berücksichtigt (laut Vorsitzender des Linzer Frauenhauses D. Andree, 2002).

KEIN FAMILIEN-IDYLL

DEM Wunsch nach einer glücklichen Familie steht die Wirklichkeit gegenüber. 80 % der Vergewaltigten stammen aus dem Verwandten- und Bekanntenkreis der Opfer. Der überwiegende Teil der Vergewaltigungen findet nicht auf der Strasse, sondern in den eigenen vier Wänden statt.

Laut österreichischem Gewaltbericht 2002 werden jedes Jahr schätzungsweise zwischen 150.000 und 300.000 Frauen Opfer von Gewalt durch ihren Partner. Diese Zahl wird durch Schätzungen der Magistratsabteilung 57 Wien bestätigt. Die Zahl der Kindesmisshandlungen wird mit 25.000 pro Jahr angegeben (mehrheitlich Mädchen, meist durch den Vater).

Einen gewalttätigen Mann zu verlassen ist ein schwerer Schritt. Setzt frau ihn, beginnen praktische Schwierigkeiten: Viele Frauen sind finanziell abhängig. Sie haben keine Arbeit und oft noch nicht einmal Anspruch auf Arbeitslosengeld. Jetzt in der Rezession sind die Chancen auf dem Arbeitsmarkt noch schlechter. Das blau-schwarze Kindergeld tut sein übriges, Frauen an Heim und Herd abzudrängen. Von finanzieller Eigenständigkeit keine Spur.

FRAUENHÄUSER

FRAUENHÄUSER sind oft die einzige Möglichkeit, zu entkommen. Frauenhäuser sollen zunächst eine sichere Unterkunft bieten und den Frauen neuen Mut und Selbstbewusstsein geben. Von hier aus sollen Schritte Richtung neuer Wohnung, Arbeitssuche, einem neuen Leben erfolgen.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Es gibt zu wenig Frauenhäuser. Die bestehenden sind überbelegt. Im Jahr 2002 bestanden in Österreich 26 Frauenhäuser (20 autonom, 6 kirchlich-karitativ). Die Empfehlung des Europarats: mindestens 60! Das Ausbrechen aus gewalttätigen Beziehungen ist vor allem für Frauen mit Kindern extrem schwer: haben sie z.B. kaum Chancen auf eine leistbare und passende Wohnung. Aus einigen Wochen im Frauenhaus wird ein langer Zeitraum. Ohne Perspektiven, Wohnung und Job, kehren viele Frauen in die alte Beziehung zurück. Das Drama findet seine Fortsetzung in einem Kreislauf: Manche Frauen sind gezwungen, 4 oder 5 mal Zuflucht zu suchen.

Es müssen die Bedingungen geschaffen werden, dass sich jede Frau von einem gewalttätigen Partner befreien kann. Dazu brauchen wir:

- ❖ ein flächendeckendes Angebot an gut ausgebauten, selbstverwalteten Frauenhäusern. Ob städtisch oder autonom, die finanziellen Mittel müssen sichergestellt werden.
- ❖ ein Kontingent von leerstehenden Gemeindewohnungen pro Gemeinde, die jederzeit verfügbar sind und an Frauen nach einer Übergangszeit im Frauenhaus billig vergeben werden können (bis 10 % des Netto-Einkommens).
- ❖ kostenlose juristische, soziale und psychologische Betreuung für Frauen und Kinder.
- ❖ ein Übergangsgeld von mindestens 1.100 Euro für jede Frau, die Opfer häuslicher Gewalt wurde, bis sie Arbeit findet.
- ❖ einen sensiblen unbürokratischen Umgang der SachbearbeiterInnen in Wohnungs- und Sozialämtern mit den Opfern von Gewalt. Hier haben Gewerkschaften und PersonalvertreterInnen eine wichtige Rolle zu spielen, indem sie das Thema auf den Tisch bringen - denn unter ihren KollegInnen wie "KundInnen" gibt es sowohl betroffene Frauen als auch Täter.

PROSTITUTION

So wenig "zufällig" Gewalt an Frauen in der Familie ist, sowenig ist es die Prostitution. Prostitution ist seit 3.000 Jahren das Gegenstück zur Ehe. Die Prostituierten selbst werden moralisch verdammt, Freier und Zuhälter bleiben völlig unbehelligt. Es ist beliebt, Prostituierte in Talkshows auftreten zu lassen, die vorgeben, stolz auf das "älteste Gewerbe der Welt" zu sein. Wir meinen, dass dies für die allerwenigsten Prostituierten zutrifft. Die meisten haben keine andere Wahl.

Die meisten Prostituierten leben in Abhängigkeit von einem Zuhälter oder "Barbesitzer". Zwang kann auf finanzieller oder emotionaler Ebene

herrschen. Er wird durch Gewaltanwendung bzw. -androhung aufrecht erhalten. Viele müssen sich durch Prostitution ihren Lebensunterhalt verdienen, nicht wenige ihre Drogensucht. Diese kann auch eine Folge des Sich-prostituieren-Müssens sein.

PROFITABLES GESCHÄFT

WIE akut das Problem mit Gewalt an Frauen mit der Krise des Kapitalismus verbunden ist, zeigen die dramatischen Zahlen über den Frauenhandel und Zwangsprostitution in Osteuropa: Eine OSZE-Tagung in Skopje stellte im Januar 2003 fest, dass in den Balkan-Staaten jedes Jahr mindestens 200.000 Frauen Opfer von Menschenhändlern werden. Ein Mafia-Netzwerk schlägt aus der schlechten sozialen Lage der Bevölkerung, speziell junger Frauen, ordentlich Kapital. Die UNO ist dabei alles andere als ein Garant für Frauenrechte: Der von ihr kontrollierte Kosova/o sei bezüglich dieser neuen Sklaverei "eine Art schwarzes Loch", wie eine Europa-Abgeordnete aus Belgien meinte (Quelle: die-standard.at, 20.01.03). Ähnliches gilt für die GUS, Polen, Ungarn

Die Zahl der ‚Geheimprostituierten‘ in Österreich wird auf 6.000 geschätzt, ein Gutteil davon Migrantinnen, die durch die rassistischen AusländerInnengesetze nicht einmal die Möglichkeit haben, aus der Prostitution auszubrechen. 1.500 sind registriert. Der Staat nimmt ihre Steuern. Aber Schutz oder Ausstiegshilfen erhalten sie nicht. Im Gegenteil werden sie kriminalisiert und gedemütigt.

Wir müssen für eine Gesellschaft kämpfen, in der keine Frau gezwungen ist, sich zu prostituieren. Gegenwärtig muss die Situation von ‚Sex-Arbeiterinnen‘ verbessert werden.

- ❖ Staatlich finanzierte Ausstiegsprogramme und Ausbildungsangebote mit finanzieller Absicherung müssen für alle Prostituierten angeboten werden.
- ❖ Flächendeckendes Angebot an Häusern, in denen Prostituierte Schutz und kostenlose ärztliche Beratung und Versorgung finden können. Volle sozialrechtliche Absicherung für Prostituierte.
- ❖ Weg mit allen rassistischen Gesetzen um ausländischen Frauen den Ausstieg aus der Prostitution zu erleichtern.
- ❖ Schluss mit der Heuchelei! Keine Kriminalisierung von Prostituierten. Stattdessen entschlossenes Vorgehen gegen Frauenhändler und die Profiteure der Zwangsprostitution.
- ❖ Finanzielle und gewerkschaftliche Unterstützung für Initiativgruppen von Prostituierten, die sich gegen Zuhälter und staatliche Benachteiligung wehren.

Sexualität

SEXUALITÄT fällt angeblich in den "intimen" Bereich des Menschen. Bei näherer Betrachtung wird jedoch deutlich, dass unterschiedliche Gesellschaftsformen und Kulturkreise unterschiedliche Vorstellungen bezüglich Sexualität und somit auch diese selbst "produzieren". Eng damit verbunden ist die Frage, wie viel Freiheit und Selbstbestimmung den Menschen zugestanden wird. Patriarchalische Religionen versuchen, besonders das sexuelle Leben der Frauen völlig zu beherrschen. In Verbindung mit Lust wurde es für Frauen zum Vergehen erklärt, das "mann" durch Keuschheitsgürtel, Hexenverbrennungen und Klitorisbeschneidung bestrafte und bestraft. Sexualität wird mit Schuldgefühlen behaftet und folglich unterdrückt.

Dennoch scheint sie allgegenwärtig zu sein: Kaum ein Film, kaum ein Werbespot, in dem nicht Sex der große Verkaufshelfer ist. Pornographie gehört mittlerweile zu einem der größten Wirtschaftszweige.

Die gesamte Bandbreite der angebotenen Sexualität kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie immer noch in ein enges Schema - weibliche Sexualität = passiv und unterentwickelt/ männliche Sexualität = aggressiv und aktiv - gepresst wird und dass von der vollen Entfaltung der Menschen in ihrer Intimsphäre keine Rede sein kann. Frauen wird ein eigenständiges Verhältnis zur Sexualität nicht zugestanden. Ihre Lust wird immer noch über den Mann definiert, was über biologische und psychologische "Grundvoraussetzungen" argumentiert wird (der Penisneid nach Freud wird von manchen PsychoanalytikerInnen immer noch anerkannt). In den letzten Jahren gab es einen neuerlichen Aufschwung dieser biologistischen Argumente durch pseudowissenschaftliche Untersuchungen in der Art eines Herrn Eibl-Eibelsfeldt, der sexuelle Belästigung durch die vermeintlich biologisch festgesetzte aggressive Rolle des Mannes entschuldigte.

Frauen werden auf ihren Körper reduziert und in kosmetische Zwangsjacken gesteckt. Keine Creme darf ihnen zu teuer, keine Diät zu riskant, keine Chemie zu gefährlich sein, um den jeweiligen Modediktaten zu entsprechen. Sexualität wird als Machtmittel eingesetzt. Uns soll weisgemacht werden, dass Schönheit und Sexualität untrennbar und folglich nur "schöne", junge, meist passive Frauen sexuell anziehend seien. Der eigene Körper zerfällt in Einzelteile, die daraufhin geprüft werden, ob sie dem trainierten männlichen Blick zusagen oder nicht. Frauen und Mädchen wird nahegelegt, sexuelle Ausstrahlung und

das als Lustobjekt-Beurteiltwerden gleichzusetzen. Sie lernen, Begehren mit Begehrtwerden, ihre eigenen sexuellen Empfindungen mit dem, was Männer (scheinbar) wollen, zu verwechseln.

Dabei ist die weibliche Sexualität theoretisch nahezu unerschöpflich, aber diese sexuellen Fähigkeiten der Frau finden keinen Eingang in ihre alltäglichen sexuellen Erfahrungen. Die soziale Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Vermarktung der Sexualität und der allgegenwärtige Schönheitskult verhindern eine freie Entfaltung derselben.

Jene Art der Darstellung von Sexualität wird benutzt, um Profit zu machen - zu diesem Zweck wird ein künstliches Bedürfnis erzeugt, damit es befriedigt werden kann. Aber auch zur Aufrechterhaltung einer Herrschaftsordnung, in der es nicht erwünscht ist, dass sich Liebe unter Gleichgestellten entwickelt, da soviel Freiheit als Bedrohung angesehen wird, eignet sie sich bestens. Besonders die Freiheit der Frauen muss eingengt werden, um sie ausreichend ausbeuten zu können. Was fehlt, ist eine positive sexuelle Kultur, die auch die Sicht der Frauen und nicht nur die der Männer zeigt.

PORNOGRAPHIE

AUSSERDEM soll uns weisgemacht werden, dass sexuelle Gewalt stilvoll und chic sei und Frauen sich eigentlich danach sehnen, misshandelt, missbraucht, vergewaltigt zu werden - und zwar nicht nur in "Männermagazinen", sondern auch in "Frauenzeitschriften", Boulevardschinken und "seriösen" Zeitungen, Comics, Werbung, Fernsehen, Musikvideos etc. Diese Darstellung von Sexualität wurde zur Normalität. Die Bilder zeigen keine Frauen, sondern "Gegenstände", die "mann" beliebig schmücken und positionieren darf. Frauen und Mädchen wird vermittelt, dass sie nur dann begehrenswert sind, wenn sie sich zu einer Sache machen oder sich masochistisch ausliefern.

Jene pornographische "Kultur" prägt eine Generation von jungen Mädchen und Buben, deren erste Beziehung zum Sex davon dominiert wird. Eine Generation, die Gefahr läuft, allen Ernstes auf- und anzunehmen, dass Sex brutal und Gewalt erotisch sei. Ob Playboy oder das "harmlose" Bravo oder MTV, die Sexualität wird in Verbindung mit Gewalt gebracht - eine permanente Kombination, die die individuelle Vorstellung von Sexualität maßgeblich beeinflusst. Sie verstärkt die soziale Realität (denn sexuelle Gewalt gegen Frauen ist alltäglich) und produziert vermeintliche Lüste und Sehnsüchte. Die Erotisierung der Erniedrigung von Frauen erweist sich als willkommener Feind des gewachsenen Selbstbewusstseins von Frauen. Daran ändert auch die

Entgegnung der VertreterInnen der Pornographie, dass viele Frauen im Fernsehen abgebildete Vergewaltigungen erregen (obwohl sie davon überzeugt sind, dass Frauen keinen gewalttätigen Sex möchten, sondern darunter leiden), nichts. Woher kommen wohl weibliche Unterwerfungsphantasien? Vergewaltigung ist die häufigste Darstellung von "Sexualität", die uns vorgeführt wird. Die Medien übersättigen Frauen und Männer mit gewaltverherrlichenden Bildern, die oft verinnerlicht werden. Unbedrohte weibliche und unbedrohliche männliche Nacktheit gibt es für sie kaum mehr. Intimen zärtlichen romantischen Sex erklären sie zu einer peinlichen Langweiligkeit. Und Frauen, die sich gegen das aufgezwungene Bild von Sexualität wehren, werden als "frigid" und "frustriert" bezeichnet. Diese Industrie, die "Sex" zu verkaufen vorgaukelt, erhält sich durch die sexuell unbefriedigte Gesellschaft am Leben. Immer neue Reize werden produziert und erzeugen dadurch eine scheinbar endlose Nachfrage. Mit Pornographie wird ein Riesengeschäft gemacht und gleichzeitig die Einstellung der Menschen zu Sexualität in ein enges Korsett gepackt. Es handelt sich um Herrschaftszustände, die erotisiert werden. Mit Sexualität hat das herzlich wenig zu tun.

RECHT AUF SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH

1974 wurde das Recht auf Schwangerschaftsabbruch von der Frauenbewegung erkämpft. Gegen massiven Widerstand von ÖVP und FPÖ wurde die Fristenlösung im Parlament beschlossen - 50 Jahre nachdem Sozialistinnen erstmals den Antrag auf Straffreiheit für Abtreibung gestellt hatten. Seit Inkrafttreten des Gesetzes (1975) können Frauen eine Schwangerschaft innerhalb der ersten drei Monate ohne Angabe von Gründen straffrei abbrechen, danach nur mehr aufgrund medizinischer Indikation. Vor der Fristenlösung waren besonders sozial schwache Frauen gezwungen, durch illegale, teure, medizinisch bedenkliche Eingriffe gesundheitliche Risiken einzugehen. Dazu kam die Kriminalisierung. In den 60er Jahren wurden bis zu 300 Frauen jährlich wegen Abtreibung zu Haftstrafen verurteilt. Ein Verbot der Abtreibung hat erwiesenermaßen keinerlei Auswirkung auf die Häufigkeit, sondern nur auf das gesundheitliche Risiko und den Preis. Auch heute noch sterben jährlich - nach Berechnungen der WHO - weltweit 80.000 Frauen an illegalen und unsachgemäß durchgeführten Schwangerschaftsabbrüchen.

Doch auch, wenn die gesetzliche Grundlage gegeben ist, wird es Frauen oft schwer gemacht, einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen. Nur in Wien gibt es genügend Möglichkeiten, in anderen

Bundesländern wie z.B. in Vorarlberg oder in Salzburg haben es Frauen schwerer, ÄrztInnen zu finden, die den Eingriff durchführen. ÄrztInnen können sich aus "Gewissensgründen" weigern, einen Abbruch vorzunehmen, und die Fristenregelung wird keinesfalls in allen öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt. Einige Spitäler führen Abtreibungen nur in eingeschränktem Ausmaß durch, wie z.B. das Wiener AKH, wo der Abbruch nur aufgrund medizinischer Indikation praktiziert wird. Einige Landeskrankenhäuser weigern sich nach wie vor standhaft, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen.

Die Kosten werden nicht von der Krankenkasse übernommen, was besonders für junge Frauen ein Problem sein kann. In den Spitälern müssen teilweise bis zu 963 Euro bezahlt werden. Seit 1. Jänner 2003 kam es zumindest in einigen Wiener Gemeindespitälern zu einer Kostenreduktion auf 275 Euro. Zum Problem der Bezahlung kommt jedoch auch der "moralische" Druck, der vor allem seitens der Kirche auf Frauen ausgeübt wird. Frauen soll das Recht abgesprochen werden, selbst zu entscheiden. Das Extrem der frauenfeindlichen Einstellungen findet sich bei den radikalen "LebensschützerInnen", die Frauen terrorisieren. Dazu gehören Organisationen "Human Life International" oder "Jugend für das Leben", denen im Kampf gegen die Abtreibung fast jedes Mittel recht ist. Human Life International (HLI) ist in über 30 Ländern aktiv und hat es sich zum Ziel gesetzt, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern und überall dort wo sie gesetzlich erlaubt sind wieder deren Verbot zu erwirken. Eine weitverbreitete Praxis von ihnen ist es, dass sie in unmittelbarer Nähe von Ambulatorien, Kliniken in denen Schwangerschaftsunterbrechungen vorgenommen werden so genannte "Lebenszentren" errichten. Einerseits sollen dort Frauen "überzeugt" werden dass Abtreibung Mord sei und sie ihr Kind bekommen sollen, wenn nicht so wird behauptet, es drohen ihnen lebenslange psychische und physische Folgen, oder sogar Brustkrebs. Andererseits dienen die "Lebenszentren" als Stützpunkt von dem aus die HLI-AktivistInnen zu der Klinik ausschwirren um davor für die "ermordeten Kinder" zu beten, Frauen die in die Klinik gehen als "Mörderin" zu beschimpfen und ihnen Plastikembryonen in die Hand zu drücken. Kurz um es wird psychischer Terror auf die Frauen ausgeübt. In Wien kann man tagtäglich diese Situation vor allen drei vorhandenen Kliniken beobachten, in Graz und in Salzburg wurden erst kürzlich weitere dieser Zentren eröffnet.

Terror vor der Klinik

DIE Lucina Klinik befindet sich im 2. Bezirk in Wien. Hier hat HLI seine Aktivitäten auf pikante Weise erweitert. Neben dem alltäglichen Beten und dem Lebenszentrum veranstalten sie allmonatlich einen Gebetszug durch den Bezirk, um dann vor der Lucina Klinik noch 1-2 weitere Stunden zu beten. Das war für uns, die SLP, Anlass genug, dort Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht der Frau und gegen den Terror von HLI zu veranstalten - seit Februar 2001. Weiters hat der Obmann von HLI-Österreich, Dietmar Fischer, die Räumlichkeiten in der sich die Klinik befindet, gekauft, damit, wie er selber in einem Interview sagt: "..., können wir ihnen das Leben schwer machen.". Konkret heißt das: Fischer hat eine Räumungsklage eingereicht, um die Klinik zum Auszug zu zwingen. Vertreten ließen sie sich hierbei von der Anwaltskanzlei Geneff-Rahmi, vormals Böhmdorfer-Geneff - so schließen sich die rechtskonservativen Kreise wieder. Der Prozess ist mittlerweile beendet. Fischer hat ihn in erster Instanz verloren und er hat ihn in zweiter Instanz verloren. So erfreulich dieses Gerichtsurteil ist, es ändert nichts daran, dass die Belästigungen von Frauen vor der Klinik täglich weiter geht.

FISCHER (HLI) GEGEN CLAUDIA SORGER (SLP)

KAUM hat Dietmar Fischer den einen Prozess verloren, reicht er schon den nächsten ein. Diesmal klagt er Claudia Sorger, die Frauensprecherin der SLP, auf Grund eines Artikels, in dem die Methoden der AbtreibungsgegnerInnen beschrieben werden, wegen Verleumdung. Die Intention ist klar, Frauen, die ihre Rechte verteidigen, die gegen die Vorgehensweisen von HLI aktiv sind und darüber informieren, sollen eingeschüchtert werden. Wir werden den Wahrheitsbeweis vor Gericht antreten und weiter für das Selbstbestimmungsrecht der Frau kämpfen. Der Ausgang des Prozesses ist zum Erscheinungszeitpunkt der Broschüre noch nicht bekannt.

Durch ihre frauenfeindliche Haltung (auch in der Diskussion um die Abtreibungspille Mifegyne) und im Windschatten der schwarz-blauen Regierung haben Organisationen wie HLI es geschafft, dass über die Fristenlösung wieder diskutiert wird und von Konservativen öffentlich in Frage gestellt wird. So forderte etwa "Frauenminister" Haupt, dass Männer mitentscheiden sollten.

Abtreibung ist kein Vergnügen, sondern an sich schon eine Belastung für die Frau. Daher muss es Frauen, die schwanger sind und sich entschlossen haben - aus welchem Grund auch immer -, kein Kind zu bekommen, so einfach wie möglich gemacht werden, die Schwangerschaft abzubrechen.

Damit es allerdings gar nicht so weit kommt, muss alles getan werden, um ungewollte Schwangerschaften zu verhindern. Auch hier zeigt sich wieder die Doppelmoral vor allem der Kirche. Über Sexualität und Verhütung soll nicht gesprochen werden. Aber dass das Motto "Wer nix weiß, tut auch nix" fern jeder Realität ist, zeigt sich tagtäglich. Daher muss Sexualität in der Schule ein Thema sein, über Verhütung von Schwangerschaft muss ebenso informiert werden wie über den Schutz vor Aids. Frauen haben noch immer die Hauptverantwortung bei der Verhütung zu tragen - aber das muss sich ändern!

Wir wollen eine Gesellschaft, in der Frauen in jeder Hinsicht gleichberechtigt sind. Wir Frauen wehren uns dagegen, durchs Kinderkriegen benachteiligt zu sein. Beruf und Kinder müssen vereinbar sein. Wir wollen, dass sich Frauen und Männer - frei von finanziellen und materiellen Zwängen - für Kinder (auch behindert Geborene) entscheiden können, gleichzeitig sollen Frauen aber auch die Entscheidung gegen ein Kind treffen dürfen. Der Staat hat dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen.

WIR WOLLEN DAS VOLLE SELBSTBESTIMMUNGSRECHT FÜR FRAUEN.

- ❖ Sexualaufklärung in allen Grund- und weiterführenden Schulen
- ❖ Förderung von offen zugänglichen Sexualberatungsstellen
- ❖ Kostenlose Abgabe von Verhütungsmitteln an Frauen und Männer, Mädchen und Buben
- ❖ Abtreibung auf Krankenschein
- ❖ Abtreibungsmöglichkeit in jedem Krankenhaus - Abtreibungskliniken in jedem Bundesland
- ❖ Keine Kürzungen auf Kosten der Frauen und Kinder
- ❖ Eine Bannmeile um die Kliniken, die den radikalen AbtreibungsgegnerInnen ihre Aktivitäten verbietet und Frauen den ungestörten Zugang ermöglicht - da wir uns auf Politik und Polizei nicht verlassen können, muss eine solche Bannmeile von betroffenen Frauen,

AnrainerInnen und dem Klinikpersonal gemeinsam erkämpft und verteidigt werden.

LESBEN

IN dieser Gesellschaft gilt nur eine Spielart geschlechtlicher Beziehungen als "normal": die Heterosexualität. Sie wird uns von Kindesbeinen an als einzig akzeptable, wenn nicht einzig existente vorgeführt. Sie allein sei natürlich und harmonisch, dem "Willen Gottes" bzw. dem "Prinzip der Natur" o.ä.m. entsprechend. Die Erklärungen, was "normal" ist, entbehren jeglicher Grundlage. Als "Beweis" wird u.a. der Vergleich von menschlicher Sexualität mit jener von Tieren geboten. Dass einerseits der Mensch seine Geschlechtsidentität wählen kann und sich andererseits seine Lust vollkommen unabhängig von der Möglichkeit der Fortpflanzung entfacht, dürfte den VertreterInnen der "natürlichen Ordnung" entgangen sein. Es gibt unzählige, sogenannte wissenschaftliche Spekulationen darüber, wie es "zu Homosexualität kommt". Entweder werden Lesben und Schwule als grundsätzlich "anders" (im Sinne von anderen hormonellen bzw. genetischen Voraussetzungen) oder aber als durch bestimmte Sozialisationsbedingungen (z.B. dominante Mutter) und einschneidende Ereignisse homosexuell geworden dargestellt. Solche "Untersuchungen" und "Studien" werden nicht des bloßen Wissensdurstes wegen verfasst, sondern verfolgen größtenteils ein Ziel: derartiges Begehren und Verhalten zu unterbinden, diese "Krankheit" zu "heilen". Homosexuelle galten und gelten in der Psychiatrie als Kranke. Die Weltgesundheitsorganisation hat sich sogar erst im April 1992 von dieser Bezeichnung verabschiedet. Noch immer wird in manchen Schul- und sonstigen Lehrbüchern Homosexualität in die Kategorie der "sexuellen Perversionen" eingereiht.

Lesben und Schwule, Bi-, Transsexuelle etc. werden sowohl in gesellschaftlicher als auch in politischer und juristischer Hinsicht unterdrückt und geächtet. Vereins- und Werbeverbot trugen ihren Teil zur Einschränkung der Rechte und Lebensstile von Lesben und Schwulen bei. Diese Maßnahmen behinderten auch Projekte, die sich der psychosozialen Beratung sowie der Aufklärung hinsichtlich des Schutzes vor Aids widmen. Solche Rahmenbedingungen verschärfen die Schwierigkeiten des Coming Out. Lesben und Schwule erfahren, wenn sie ihre Beziehungen/ PartnerInnenschaften in der Öffentlichkeit nicht verstecken, oftmals aggressive und respektlose Behandlung, offene und verdeckte Gewalt. Während Schwule zusätzlich durch den speziell sie treffenden Paragraphen 209 des Strafgesetzbuches kriminalisiert wurden,

sehen sich Lesben mit der üblichen und in ihrem Fall verstärkten Ignoranz weiblicher Lust gegenüber konfrontiert. Lesbische Frauen werden in ihrer Sexualität nicht ernstgenommen. Man/frau fürchtet sich zwar davor, lässt sich aber gerne durch althergebrachte Klischees von den Holzhackerhemden tragenden "Mannweibern", den frustrierten Hässlichen, die keinen "abbekommen" haben oder den Naiven, die dem "Richtigen" noch nicht begegnet sind, trösten. Das Bild von den "niedlichen", ausschließlich Händchen haltenden und des Nachts ein bisschen miteinander kuschelnden Lesben hält sich nach wie vor aufrecht. "Lesbische Liebe" stellt "mann" sich jedoch mindestens genauso gern unter einem voyeuristischen Blickwinkel vor. Pornographische Filme haben aneinander fummelnde, sich herumwälzende Frauen für sich entdeckt, zum Zwecke der "Aufgeilung" - freilich des Mannes. Zur endgültigen Befriedigung und "Beglückung" der dargestellten Frauen bedarf es ja "selbstverständlich" auch eines solchen.

Diese weitverbreiteten Schablonen bedeuten lediglich einen Aspekt des gesellschaftspolitischen Umgangs mit nicht-heterosexuellen Frauen. Gezielte Gewalthandlungen gegen Lesben - von Beschimpfungen, Drohungen wie "die gehört einmal richtig durchgebumst" bis zu tatsächlichen Vergewaltigungen und anderen körperlichen Angriffen - sind keine Ausnahmen. Wenn Frauen ihre Liebe zueinander zeigen, besteht weiters die Gefahr einer Anzeige wegen "Verstoß gegen die guten Sitten". Frauen dürfen sich dem männlichen Einflussbereich nicht entziehen. Ihre sexuelle Unabhängigkeit von Männern stellt patriarchalische Strukturen kompromisslos in Frage. Vor dem Gesetz gilt die lesbische Freundin/Lebensgefährtin nicht als Angehörige. Daraus folgt z.B.: keine Mitversicherungsmöglichkeit in der Kranken- und Pensionsversicherung; kein Entscheidungsrecht, wenn die Freundin/Partnerin durch Krankheit, Unfall usw. nicht entscheidungsfähig ist (z.B. bezüglich Operationen); kein gesetzlicher Erbanspruch; keinerlei Familienförderungen (z.B. diverse Kredite); keine Eintrittsmöglichkeit in den Mietvertrag.

Die rechtliche Situation bringt für lesbische Beziehungen große Probleme mit sich. Auch in der Schule und am Arbeitsplatz, wo Frauen bei Bekanntwerden ihres Lesbischseins vielfach mit fadenscheinigen Begründungen gekündigt werden, herrscht alltägliche Diskriminierung.

- ❖ Vollkommene Gleichstellung lesbischer, schwuler und bisexueller mit heterosexueller Liebe/Beziehung/PartnerInnenschaft
- ❖ Einbindung (und gleichberechtigte Darstellung) lesbischer, schwuler, bisexueller Liebe und Sexualität in den Lehrplan - bezüglich Aufklärungsarbeit an Schulen

Migrantinnen

JEDE achte in Österreich lebende Person wurde nicht hier geboren, jede elfte hat nicht die österreichische StaatsbürgerInnenschaft. Hinter diesen Zahlen verbergen sich unterschiedlichste Geschichten, Interessen, Probleme und Lebenssituationen. Vor allem aber jede Menge Diskriminierungen - speziell für zugewanderte Frauen.

GESCHLOSSENE GRENZEN

SCHON die Einreise nach Österreich ist ein Spießrutenlauf. Wer nicht das Glück hat, aus einem EU-Land, sondern aus einem sogenannten "Drittstaat" zu kommen, hat kaum Möglichkeiten, in den EU-Raum zu gelangen.

Das gilt selbst für Flüchtlinge. Asylverfahren sind längst zum Willkürakt geworden. Von 25.997 in Österreich erledigten Asylverfahren endeten 2001 stolze 1.114 positiv. 3.642 AsylwerberInnen erhielten einen negativen Bescheid. Und erstaunliche 21.241 Verfahren fielen in die Rubrik "sonstige Erledigungen", davon sind der Großteil eingestellt worden, weil die Asylsuchenden weitergezogen sind. Grund dafür: der Alltag als AsylwerberIn. Fehlende juristische und muttersprachliche Beratung, zermürende behördliche Schikanen, keine Versicherung, Arbeitsmöglichkeit oder Betreuung - all das macht Asylverfahren zur Tortur. Von der de facto Abschaffung des Asylrechtes in Österreich sind vor allem Frauen betroffen - frauenspezifische Fluchtgründe - wie sexistische Gesetze, Vergewaltigungen, familiäre Gewalt etc. - werden zudem meist nicht anerkannt.

Eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten, nach Österreich zu kommen, ist die Familienzusammenführung. Für die nachziehenden Frauen bedeutet das, erst nach vier Jahren die Möglichkeit zu haben, auch unabhängig von ihrem Mann um eine Aufenthaltsbewilligung anzusuchen - was ohne eigene Unterkunft und Arbeit nahezu aussichtslos ist. Auf Jahre begibt sich die Frau also in absolute Abhängigkeit. Durchaus berechtigtes Misstrauen und Sprachschwierigkeiten halten sie oft davon ab, sich an Behörden zu wenden. Dazu kommt, dass die "Hilfsbereitschaft" der Polizei gegenüber ausländischen Frauen noch geringer ist. Viele stehen aufgrund der Aufenthaltsbestimmungen vor der Wahl, Misshandlungen durch den Ehemann zu ertragen oder eine Abschiebung in ein Land zu riskieren, in dem sie für ihren Widerstand

bestraft werden. Für Frauen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft ist es daher noch schwieriger, sich vom Ehemann scheiden zu lassen/zu trennen und eine unabhängige Existenz aufzubauen.

Da sonst kaum eine Möglichkeit der Einreise besteht - als Schlüsselkräfte werden Frauen nur selten anerkannt - bleiben Frauen nur wenige Optionen. Eine davon: die Sexindustrie. Von Schleppern unter falschen Vorwänden angeheuert, erhalten die Betroffenen meist nur ein Touristenvisum. Ihren "ArbeitgeberInnen" hilflos ausgeliefert haben sie so keinerlei Ansprüche, weder Kranken- noch Arbeitslosenversicherung - kosten den Staat also gar nichts.

Tatsächlich gibt es noch zwei Varianten der "sexualisierten" Einreise. Einen Österreicher zu heiraten. Oder offiziell als Prostituierte bzw. "Nachtclubtänzerin" zu kommen (und als solche auch zu bleiben): das ist einer der wenigen Fälle, in denen Frauen von den Quoten ausgenommen sind!

Die bestehenden Einreisebestimmungen diskriminieren Frauen ohne österreichische StaatsbürgerInnenschaft also nicht nur als Fremde, sie drängen sie auch noch in die traditionelle Frauenrolle, völlige Abhängigkeit und Prostitution.

ERWERBSTÄTIGKEIT

DIE Mehrheit der immigrierten Frauen geht einer Erwerbstätigkeit nach, im Regelfall zu niedrigsten Löhnen und schlechtesten Bedingungen. Ausländische Frauen sind auf der Lohnskala am untersten Ende angesiedelt - gleichzeitig gibt es unter ihnen die höchste Arbeitslosenrate (derzeit rund 12 %). Selten finden Migrantinnen einen ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz. Mehr als 40 % müssen mit Hilfstätigkeiten Vorlieb nehmen.

Es ist die ständige Angst, die Aufenthaltsbewilligung zu verlieren, die MigrantInnen dazu treibt, unter solchen Bedingungen zu arbeiten. Eine Aufenthaltsbewilligung zu haben, ist dabei noch keine Garantie, auch arbeiten zu dürfen. Noch immer sind Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung in Österreich strikt getrennt. Was dazu führt, dass viele - gerade Frauen, die nur im Rahmen Familienzusammenführung kommen konnten - schwarz arbeiten müssen. Für die betroffenen Frauen bedeutet das im Normalfall eine Tätigkeit als Haushaltshilfe.

Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaften, sich für eine Verbesserung der Erwerbssituation speziell von MigrantInnen einzusetzen. Doch tat-

sächlich werden sie auch hier diskriminiert: Österreich ist das einzige europäische Land, in dem ausländische ArbeitnehmerInnen nicht zu BetriebsrätInnen gewählt werden können. Auch in anderen Bereichen trägt der ÖGB zur Spaltung der ArbeitnehmerInnen bei - zuletzt mit der Forderung nach Quoten für Arbeitskräfte im Rahmen der EU-Osterweiterung. So verabsäumt es der ÖGB, auch im Interesse österreichischer ArbeiterInnen aktiv zu sein: MigrantInnen werden nach wie vor als LohndrückerInnen missbraucht.

Die Gesetzeslage zur Erwerbstätigkeit von MigrantInnen nützt nur der Wirtschaft. Sie kann auf leicht erpressbare Arbeitskräfte mit kaum Möglichkeiten, sich zu wehren und kaum Ansprüchen zurückgreifen.

Verschärft wurde die Situation durch die jüngste Novelle des Fremdengesetzes. Zukünftig können in allen (!) Branchen Saisoniers beschäftigt werden. Jenen, die länger bleiben wollen, wird mit dem sogenannten Integrationsvertrag das Leben schwer gemacht. MigrantInnen müssen sich verpflichten, innerhalb von wenigen Jahren einen Deutschkurs zu absolvieren - sonst drohen Sanktionen bis hin zur Abschiebung. Gerade für Frauen, die mit Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung ohnehin schon doppelt belastet sind, kann das ein ernsthaftes Problem sein. Vor allem weil keine entsprechende Kinderbetreuung angeboten wird.

Dass es dabei um die Integration - oder gar das Wohl - der MigrantInnen geht, kann bezweifelt werden. Tatsächlich wurden unter dem Schlagwort "Integrationsvertrag" die bestehenden Diskriminierungen auf vielen Ebenen weiter ausgebaut. Nicht einmal ein Spracherwerb wird ermöglicht: der vorgesehene Kursumfang von 100 Stunden ist dafür deutlich zu wenig. Die Wirtschaft muss sich also keine Sorgen machen: die durch Sprachbarrieren verstärkte Erpressbarkeit bleibt erhalten.

Und: Bezahlen müssen die MigrantInnen das Ganze selber. Höchstens die Hälfte der reinen Kurskosten übernimmt der Staat. Integration, das bedeutet hier eine einseitige Verpflichtung und ist nicht mehr als ein weiteres Druckmittel gegen einen ohnehin schwachen Teil der Gesellschaft.

Der institutionelle Rassismus - mit all seinen Diskriminierungen - wird von einem gesellschaftlichen begleitet, geschürt durch fremdenfeindliche Kampagnen. Bestes Beispiel: jene gegen die "schwarze Drogenmafia". Selbst vermeintlich liberale Medien wie Falter und Standard spielen ihren Part, wenn von Fluchtursachen und dem hoffnungslosen Alltag der Flüchtlinge abgelenkt wird und Jugendliche als "schwarzafrikanische Dealer" in Schubhaft landen.

Dass die FPÖ nach einem beispiellos rassistischen Wahlkampf im Februar 2000 Regierungsmitglied wurde, hat den Rassismus in Österreich weiter salonfähig gemacht. (Das kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass ein Großteil der rassistischen Gesetze unter SPÖ-Ministern verabschiedet wurde). Und da die Frauenpolitik in jüngerer Zeit nicht weniger reaktionär war, können wir festhalten: zu den ganz großen VerliererInnen der letzten Jahre zählen Migrantinnen.

ZUM ABSCHLUSS: EUROPaweITER RASSISMUS

KRIEGE, Umweltverschmutzung und all der andere Wahnsinn einer Welt, die keine Regeln und Grenzen für das Kapital bestehen lassen will treffen v.a. Frauen. Österreichs rassistische Politik ist Teil der EU-Politik, deren Ziel eine Festung Europa ist. Als nur "Wirtschaftsflüchtlinge" diffamiert, werden Menschen, die vor Hunger, Krieg und Elend flüchten abgeschoben oder unter menschenunwürdigen Umständen in Lager gesteckt.

Wenn es um Profite geht, sollen dem Kapital keine Regeln und Grenzen im Weg stehen. Jene Reisefreiheit, über die sich Konzerne freuen, wird Menschen sukzessive aberkannt. Wer es dennoch schafft, hat mit Diskriminierungen verschiedenster Art zu kämpfen.

Die Liste der oben beschriebenen Diskriminierungen ist dabei nicht vollständig. Es fehlen z.B. die Benachteiligungen beim Bezug von Sozial- und Notstandshilfe. Dazu kommt die Willkür, mit denen Regelungen des Fremdenrechts durchgesetzt werden. Die Gesetzestexte sind derartig schwammig formuliert, dass eine Auslegung gegen die/den MigrantIn/en jederzeit möglich ist.

Die Politik, die sie auf vielerlei Art betrifft, dürfen die meisten MigrantInnen nicht einmal mitbestimmen. Das Bezirksratswahlrecht - jüngst in Wien eingeführt - ist dabei viel zu wenig. Wer betroffen ist, muss auch mitbestimmen können!

DIE SLP FORDERT:

- ❖ Abschaffung aller ausländerInnenfeindlichen Gesetze (Aufenthalts-, Asyl-, Melde- und Ausländerbeschäftigungsgesetz)!
- ❖ Legalisierung aller hier lebenden ImmigrantInnen!
- ❖ Uneingeschränktes Bleiberecht für alle!
- ❖ Legalisierung aller Arbeitsverhältnisse von ImmigrantInnen und Mindestlohn von 1100 Euro netto!
- ❖ Bestrafung der Schwarzarbeitgeber, nicht der illegal Beschäftigten!
- ❖ Volle soziale Absicherung aller hier Erwerbstätigen!

- ❖ Ein Kindergartenplatz für alle Kinder, egal ob von In- oder AusländerInnen!
- ❖ Weg mit dem "Integrations"vertrag!
- ❖ Kostenlose Sprachkurse als Angebot an alle ImmigrantInnen, die auch tagsüber stattfinden, damit Frauen daran teilnehmen können!
- ❖ Finanzielle Unterstützung für alle erwachsenen ImmigrantInnen, die hier einen Schulabschluss erwerben wollen!
- ❖ Keine Diskriminierung ausländischer Kinder aufgrund ihrer Religion, sondern Abschaffung des Religionsunterrichts in den Schulen!
- ❖ Genügend Frauenhäuser und sonstige Beratungseinrichtungen mit Dolmetscherinnen für ausländische Frauen, die einem gewalttätigen Partner entkommen wollen!
- ❖ Volle soziale und demokratische Gleichstellung für ImmigrantInnen!
- ❖ Wohnungs- und Mietbeihilfen für ImmigrantInnen zu den gleichen Bedingungen wie für österreichische StaatsbürgerInnen!
- ❖ Für die Öffnung der Gemeindebauten!
- ❖ Das kommunale Wahlrecht ist zu wenig: volles aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen!
- ❖ Volles aktives und passives Wahlrecht vor allem auch bei Betriebsratswahlen!

Frauen: International für Sozialismus

EINE Feststellung der UNO ergab 2000, dass Frauen die Hälfte der Weltbevölkerung ausmachen, $\frac{2}{3}$ der Arbeitsstunden leisten, $\frac{1}{10}$ des Welteinkommens verdienen und nur $\frac{1}{100}$ des Weltvermögens besitzen. 70 % aller Armen weltweit sind Frauen. Der Wert von Frauen weltweit un- oder unterbezahlt geleisteter Arbeit wurde auf 11 Billionen US-Dollar pro Jahr geschätzt, der unbezahlte Arbeitsaufwand von Männern liegt bei 5 Billionen US-Dollar. Im Kapitalismus existiert ein Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit. Die KapitalistInnen werden reich, weil sie der ArbeiterInnenklasse nur einen Teil der Arbeit bezahlen, die diese verrichtet. Neben der Mehrwertaneignung im Produktionsprozess ist die im Haushalt verrichtete und offensichtlich unbezahlte Arbeit, die überwiegend von Frauen verrichtet wird, zu ergänzen. Darüber bestimmen, was mit den von ihr geschaffenen Werten geschieht, kann die ArbeiterInnenklasse nicht. Sie ist als ganzes von demokratischen Entscheidungen im Kapitalismus weitgehend ausgeschlossen. Mitbestimmung beschränkt sich auf ein Kreuz alle paar Jahre. Frauen sind in dieser sehr beschränkten Demokratie noch weniger vertreten als Männer. 1995 hatten Männer weltweit 90 % der Parlaments- und Kabinettsposten inne. Lediglich in 6 Ländern lag der Frauenanteil in Parlaments- und Kabinettsposten bei über 30 %. Zusätzlich zur Verweigerung des Zugangs zu wirtschaftlichen Ressourcen und politischen Entscheidungsprozessen wird Frauen das Recht auf Bildung vorenthalten oder erschwert. Weltweit sind $\frac{2}{3}$ der AnalphabetInnen Frauen, wobei die UNO keine Verringerung dieses Wertes in den nächsten 20 Jahren erwartet.

FRAUENFEINDLICHE TRADITIONEN

In allen Kulturen und auf allen Kontinenten werden Frauen unterdrückt, wenn auch mit großen Unterschieden in der konkreten Ausprägung. Der Kapitalismus verwendet die Familie als Institution und Ideologie, um sie seinen Bedürfnissen der industriellen Gesellschaft anzupassen. In weniger industrialisierten Regionen ist die Familie als Machtstruktur noch wichtiger. In Ländern, wo der Kapitalismus weiter entwickelt ist und wo es eine starke und organisierte ArbeiterInnenbewegung gibt, hat der kollektive Kampf von ArbeiterInnen und

Frauen zu wichtigen Siegen geführt, zum Sozialstaat und zu demokratischen Rechten. Aber immer noch muss darum gekämpft werden, dass faktische (z.B. soziale) Ungleichheiten und gesellschaftliche wie private Ausbeutungsverhältnisse verschwinden.

Frauen in anderen Teilen der Welt werden nicht einmal diese formalen Rechte zugestanden. Sie werden systematisch und offiziell durch Tradition, Religion und Gesetze unterdrückt. International lässt sich nach einer Periode, in der Verbesserungen erreicht werden konnten, eine konservative Trendwende feststellen. Auch heutzutage sind die größten religiösen Gemeinschaften von Männern bzw. männlichen Gottheiten dominiert. Religionen haben stets der Machterhaltung der jeweiligen herrschenden Klasse gedient - seien es SklavenhalterInnen, FeudalherrInnen, Adel oder eben heute die KapitalistInnen. Sie erklären die jeweils existierenden Verhältnisse als "gottgegeben" und verweisen Unzufriedene auf ein besseres Jenseits bzw. ein nächstes Leben, wenn sie sich im ‚Diesseits‘ nur brav verhalten. Das prägt auch das propagierte Frauenbild: Die Frau ist minderwertig, wenn nicht verachtenswert und unterliegt der Herrschaft des Mannes. Frauen gelten oft als unmündige Kinder und können, wenn überhaupt, nur durch Heirat den Erwachsenenstatus erreichen. Sie sind persönliches Eigentum des Vaters, eine Ware, die mit dem "Brautkauf" in den Besitz des Ehemannes übergeht.

FRAUENBILD MIT TÖDLICHER KONSEQUENZ

FRAUEN erhalten in vielen Gebieten nur unzureichende medizinische Versorgung; einerseits aus Gründen der "Moral" (Frauen dürfen sich Ärzten nicht nackt zeigen), andererseits, weil Frauen als Menschen geringeren Wertes hinter Männer gereiht werden. In Afghanistan sterben täglich 45 Frauen an Ursachen, die mit Schwangerschaften zu tun haben. Zusätzlich zu diesem "Sterben-Lassen" werden Millionen Frauen weltweit gezielt verstümmelt und ermordet, zu Tode gesteinigt oder bei lebendigem Leib verbrannt. Mehr als eine Million Mädchen sterben jährlich an den Folgen von Diskriminierung und Gewalt.

In Indien werden junge Frauen häufig bei lebendigem Leib verbrannt, weil ihre Mitgift der Familie des Mannes nicht groß genug ist. Wegen dieser Mitgift, die für die Verheiratung von den Eltern des Mädchens aufgebracht werden muss, wird weiblicher Nachwuchs als Last angesehen. Weibliche Säuglinge werden oftmals nach der Geburt getötet, weibliche Föten gezielt abgetrieben. Wenn rückschrittliche, frauenfeindliche Traditionen auf Armut treffen, bleibt Mädchenmord die einzige

“Lösung”. In Südafrika, wo 20% der Bevölkerung mit dem HI-Virus infiziert sind, wo Präsident Mbeki behauptet, es gäbe keinen Zusammenhang zwischen HIV und Aids und wo Pharmakonzerne an teuren Aids-Medikamenten reich werden, wird alle 26 Sekunden eine Frau/ein Mädchen vergewaltigt. Es hält sich der Aberglaube, Sex mit einer Jungfrau würde vor Aids schützen.

FRAUEN ALS FORTPFLANZUNGSMASCHINEN?

WELTWEIT sehen wir ein Erstarren von radikalen AbtreibungsgegnerInnen, die z.B. mit Hilfe der Bush-Regierung gegen Kliniken und Frauen vorgehen. Die erste Entscheidung George W. Bushs nach Amtsantritt war der “Mexico City Act”. Organisationen außerhalb der USA, die Abtreibungen durchführen, für sichere und legale Abtreibungen arbeiten und darüber informieren, erhalten keine wirtschaftliche Hilfe von den USA. 1999 war Schwangerschaftsabbruch nur in 50 Ländern, die 40% der Weltbevölkerung abdecken, völlig legal. Nur rund 1/12 aller weltweit durchgeführten Schwangerschaftsabbrüche sind legal, und selbst dort, wo sie legal sind, wie z.B. in Indien, fehlen oft noch immer ordentliche medizinische Bedingungen. Die Zahl der Frauen, die an verpuschten Abtreibungen sterben, steigt an.

In Teilen Nordafrikas und Asiens ist die genitale Verstümmelung von Mädchen, unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit, immer noch üblich. Dieser Eingriff wird jährlich an etwa 2 Millionen Mädchen durchgeführt. Weltweit sind in ca. 20 Staaten rund 110 Millionen Frauen betroffen. Im Sudan und in Somalia sind 85 % der Frauen und Mädchen genital verstümmelt, in Ägypten schwankt der Anteil von 73 % in Kairo bis zu 95 % in ländlichen Gebieten. Der Grad der Verstümmelung reicht vom Einritzen der Klitoris bis zur “pharaonischen Beschneidung” (Infibulation: Herausschneiden der Klitoris und der Schamlippen, Zusammennähen der Wunde bis auf eine kleine Öffnung).

Die “Erklärungen” für die “Notwendigkeit” des Eingriffs: Beschneidung würde die Geburt erleichtern (!), die Gesundheit allgemein erhalten, unbeschnittene Frauen könnten nicht empfangen, oder zumindest erhöhe das Ritual die Fruchtbarkeit. Erst durch die Beschneidung würde das Mädchen zu einer vollständigen Frau werden, oft wird die Klitoris als “männlich” oder als Sitz böser Geister oder Kräfte betrachtet, sie gilt als “giftig”, sie zu berühren wäre für den Säugling bei der Geburt tödlich, der Mann würde dadurch impotent. Das “überschäumende”, “ungezügelt” und unerwünschte sexuelle Verlangen der Frau soll vermindert werden - weg von der Sexualität hin zur Fortpflanzungsfunktion.

Die Wurzel der Frauenunterdrückung liegt in der patriarchalen Kleinfamilie, die auf Grundlage der sich entwickelnden Klassengesellschaft gewachsen ist und sich gemeinsam mit ihr gefestigt hat. Patriarchale Gesellschaften haben eine starke Kontrolle über die Sexualität der Frauen durchgesetzt, was zur unterschiedlichen Bewertung von männlicher und weiblicher Sexualität geführt hat. Da die Frau und ihre Kinder grundsätzlich als Eigentum eines Mannes betrachtet werden, muss sichergestellt werden, dass die Sexualität der Frau auf die Erhaltung der männlichen Erbfolge - und zwar der ihres Mannes - beschränkt bleibt.

Die gesundheitlichen Risiken eines solchen Eingriffes sind enorm, die psychischen Qualen unbeschreiblich. Die meisten Beschneidungen finden unter hygienisch katastrophalen Bedingungen und ohne Betäubung statt und führen nicht selten zu Infektionen und zum Tod des Mädchens. Infibulierte Frauen leiden ein Leben lang. Eine pharaonisch beschnittene Frau braucht bis zu einer vollen Stunde, um ihre Blase zu entleeren, die Menstruation stellt jedesmal eine Lebensgefahr dar, da das Blut nicht leicht abfließen kann und somit Blutstau, Infektionen und Blutvergiftung drohen. Gynäkologische Untersuchungen sind zwangsläufig mit einem chirurgischen Eingriff verbunden. Beim ersten Geschlechtsverkehr muss der Mann die Frau oft aufschneiden, da er sonst nicht eindringen könnte (was ihm aber seine Ehre gebietet!). Bei einer Geburt erleidet die Frau unbeschreibliche Qualen, da sie davor aufgeschnitten (und oftmals gleich danach wieder zugenäht) werden muss.

Genitale Verstümmelung ist fast überall, auch in den Ländern ihrer größten Verbreitung, wie im Sudan und in Ägypten, mittlerweile verboten. Die Strafandrohung alleine genügt jedoch nicht, um tatsächlich eine Veränderung herbeizuführen. In vielen Ländern haben sich autonome feministische, aber auch staatlich initiierte Gruppen gebildet, die Aufklärungskampagnen gegen diese Rituale durchführen. Ist die Ausübung dieses Brauchs in den vergangenen 20 Jahren deutlich zurückgegangen, so kommt es heute vermehrt dazu, dass z.B. in Ägypten unbeschnittene, erwachsene Frauen diesen Eingriff vornehmen lassen, da sie sonst keinen Ehemann finden würden, was für sie gleichbedeutend mit der absoluten sozialen Ausgrenzung ist.

Die Märchen über die positiven Auswirkungen der Beschneidung existieren, weil Fruchtbarkeit für afrikanische Frauen von extremer Bedeutung ist. Kinder sind in einer männerdominierten Gesellschaft eine der wenigen "Ressourcen" (sie sind eine Form der Altersvorsorge), die von Frauen kontrolliert werden, ihr eigener Wert wird über die Anzahl ihrer Söhne bestimmt. Die hohe Rate der Säuglingssterblichkeit und eine

noch höhere Todesrate im ersten Lebensjahr in Afrika zwingen Frauen dazu, so viele Kinder wie möglich in die Welt zu setzen, um das Überleben einiger weniger Söhne zu sichern. Diese Frauen unterwerfen sich und ihre Töchter allen Prozeduren, eben auch der Beschneidung, von denen sie annehmen, dass sie die Fruchtbarkeit sichern/steigern könnten.

Diese Praxis erscheint uns, die wir uns gern als "zivilisiert" bezeichnen, barbarisch und nur unter "Wilden" möglich. Die Klitorisbeschneidung und das Zusammennähen der Schamlippen wurden im 19. Jahrhundert genauso in USA und Europa angewandt und von Wissenschaftlern und Ärzten propagiert. Ihre Begründungen für die Notwendigkeit dieser Eingriffe klangen mitunter "wissenschaftlicher" als die von Stammesältesten, haben aber genau die gleiche Aussage. Sexuelle Aktivitäten von Frauen und Mädchen, vor allem Masturbation (der man nachsagte, dass sie zu psychischen Krankheiten führe) und vor- bzw. außerehelicher Geschlechtsverkehr, sollen verhindert werden. Auch heute noch ist es in unserer "zivilisierten" Welt kein großes Problem, einen Arzt für einen derartigen Eingriff zu finden. In Europa und den USA werden immer wieder Fälle von genitaler Verstümmelung bekannt. Die Gerichte sprechen die meisten Verantwortlichen mit der Begründung frei, sie hätten ein Recht auf freie Religionsausübung.

Auch in anderen Kulturen werden Frauen verstümmelt. Das Abbinden der Füße in China - einer Hochkultur - diente letztlich dazu, die Bewegungsfreiheit und damit den Lebensraum der Frau zu beschränken. (Der Stöckelschuh hat denselben Zweck.) Immer wieder wird im Zusammenhang mit genitaler Verstümmelung von Religion, Brauchtum und Kultur gesprochen, in die sich Außenstehende nicht einzumischen haben. Frauen müssen, egal wo sie geboren werden und leben, ein Recht auf körperliche Unversehrtheit, Sicherheit und Selbstbestimmung über ihren Körper haben!

STAATLICHE VERFOLGUNG

In vielen Staaten sind Frauen von rechtlicher Gleichstellung weit entfernt und sehen sich im Gegenteil einer Reihe von frauenfeindlichen Gesetzen gegenüber. Die meisten frauenspezifischen Gesetze gibt es zum Thema Ehe und Sexualität. Für Ehebruch und außerehelichen Geschlechtsverkehr werden Frauen schwerste Strafen bis hin zur Hinrichtung angedroht, während dieselben Taten für Männer kaum als Delikt existieren. Das Scheidungsrecht ist meist einseitig: Männer kön-

nen sich scheiden lassen, ihre Frauen sich jedoch nicht von ihnen bzw. wenn, dann nur unter schweren Bedingungen.

Vergewaltigung gilt nur selten als Verbrechen, in manchen Staaten brauchen Frauen mehrere Männer als Augenzeugen, um ihre Anklage zu bestätigen! Oft wird nach einem verlorenen Prozess wegen Vergewaltigung der Frau ein Prozess wegen außerehelichem Geschlechtsverkehr gemacht - in Pakistan enden 15 % aller Vergewaltigungsprozesse mit einer Verurteilung der Frau.

“Individuelle” Gewalt gegen Frauen wird nicht, wie in sogenannten “zivilisierten Ländern”, nur stillschweigend geduldet, sondern ausdrücklich vom Staat legitimiert, teilweise sogar gefordert. In vielen Staaten hat der Mann das Recht, seine Frau zu “züchtigen”. Auch Selbstjustiz ist vorgesehen: Sollte ein Mann seine Frau umbringen, nachdem sie ihn “betrogen” hat, kann er in aller Regel mit Nachsicht und Milde rechnen. Nach einem UNO-Bericht gibt es jährlich 1.500-5.000 Morde an Frauen, um die “Ehre” der Familie wieder herzustellen. Dies geschieht auch in Europa, wie in Schweden, wo am 21.01.2001 Fadime Sahindal von ihrem eigenen Vater ermordet wurde, weil sie einen schwedischen Freund hatte. Dass Fadime sich nicht von ihrer Familie lösen konnte, und kein eigenständiges Leben führen konnte, liegt aber nicht nur an den “Traditionen” ihrer kurdischen Familie, sondern v.a. daran, dass Fadime als Frau und Immigrantin nur wenig Möglichkeiten hatte, auch sozial unabhängig zu sein.

FRAUENHANDEL

Im Kapitalismus wird, wie Marx schon vor langer Zeit sagte, alles zur Ware. Menschen-, insbesondere Frauenhandel und Sklaverei sind die Folge von sozialen Problemen, es gibt eine Zunahme v.a. von Frauen aus Osteuropa, die seit der Wiedereinführung des Kapitalismus in diesen Staaten keine Zukunft mehr sehen. Schätzungen sprechen von der Versklavung von 700.000 bis 4 Millionen Menschen jährlich, ein großer Teil davon Frauen und Kinder. Der Preis für eine Prostituierte liegt zwischen 7.000 und 20.000 Dollar. Die Frauen sehen davon nichts.

Frauenhandel steht in Zusammenhang mit der weltweiten Arbeitsmigration von Frauen, er stellt eine extreme Form der sexuellen und rassistischen Ausbeutung von Frauen im Migrations-Prozess dar. Den Frauen, die sich dazu entschließen müssen, ihr Land zu verlassen, um anderswo Arbeit zu finden, werden falsche Versprechungen über die Art der Tätigkeit, die Höhe des Lohnes oder über die Arbeitsbedingungen gemacht. Für diese Vermittlung zahlen Frauen so hohe

Summen, dass die meisten bei ihrer Ankunft im Zielland hoch verschuldet sind und in der Folge mittels Gewalt, Gewaltandrohung, Erpressung etc. gezwungen werden, ihre "Schulden" abzuarbeiten. Die Migrant-Innengesetze in egal welchem Zielland tragen zu dieser Situation noch bei, viele Frauen haben keine Dokumente, bzw. die "ArbeitgeberInnen" behalten diese. Sie können nicht aus diesen Abhängigkeitsverhältnis hinaus, da der Gang zur Polizei zu ihrer eigenen Abschiebung führen würde. Viele landen tatsächlich in der Prostitution.

Aber auch der Handel in Hausangestelltenverhältnisse oder der Heiratshandel stellen Formen von Frauenhandel dar. In europäischen Städten gibt es wieder zunehmend Haus-SklavInnen. Die fließenden Übergänge von der bezahlten zur unbezahlten Prostitution werden bei verschiedenen Formen des Sextourismus und im Heiratshandel besonders deutlich. Reiseveranstalter, die zugleich als Heiratsvermittlungsinstitute fungieren, bieten in Österreich, Deutschland, Holland, Japan und Hongkong Pauschalreisen z.B. nach Thailand an, in denen auch der Kaufpreis für junge, hübsche Ehefrauen inbegriffen ist.

FRAUEN UND GLOBALISIERUNG

DIE Welt ist reicher als jemals zuvor, aber die Kluft zwischen Reich und Arm ist so groß wie noch nie. Diese Kluft wurde in den letzten Jahren immer größer, und die drohende Weltwirtschaftskrise tut hierzu ein übriges. In den 80er Jahren wurde versucht, die Rahmenbedingungen für das Kapital weltweit zu verbessern - es folgten überall Privatisierungen, die Zerschlagung von Sozialstaaten, Flexibilisierung und Deregulierung. Während in den 60er und 70er Jahren Reformen erkämpft wurden, die die Situation von Frauen verbesserte, trifft die Wirtschaftspolitik der 80er und 90er Jahre mit dem Rückzug des Staates aus Kinder-, Alten- und Krankenbetreuung vor allem Frauen. Die Ausbeutung der ArbeiterInnenklasse wurde massiv erhöht, Frauen sind davon besonders betroffen. Insbesondere in ärmeren Staaten hat die "Globalisierung" fatale Folgen für die Lebenssituation von Frauen.

Frauen haben einen Anteil von ca. einem Drittel an der gesamten Lohnarbeit. Ihr Anteil an der Produktion von Reichtum und Wohlstand ist aufgrund der unbezahlten Arbeit viel größer. An diesem Reichtum können sie allerdings kaum teilhaben. Ihnen bleibt die Hauptverantwortung für den Haushalt - die Arbeit außer Haus muss mit den häuslichen Pflichten vereinbart werden und führt zu einer Doppel- und Dreifachbelastung. Zudem geht man in der modernen Industriegesellschaft bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen und -zeiten meist

selbstverständlich davon aus, dass Arbeitskräfte keinerlei häusliche Verpflichtungen haben und jederzeit an den von den ArbeitgeberInnen gewünschten Orten zur Verfügung stehen. Die Eingliederung der Frau in die außerhäusliche Arbeitswelt ist allerdings ein wesentlicher Beitrag zu ihrer Emanzipation. Nur dadurch kann sie Menschen treffen, am öffentlichen Leben teilnehmen, Unabhängigkeit und Selbstbewusstsein erlangen und sich in politische Entscheidungsprozesse einbringen.

Frauen haben in erster Linie niedrig qualifizierte und schlecht bezahlte Jobs. Frauen produzieren mindestens die Hälfte aller Nahrungsmittel der Welt. In Afrika leisten sie 60-80 % der Landarbeit, in Afrika und Asien arbeiten fast alle weiblichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft (in Mocambique bis zu 90 %). Dennoch stehen Frauen am unteren Ende der Lohn- und Machtskala in der Landwirtschaft; sie säen, aber sie ernten nicht. Auch in der Industrie findet man Frauen vorwiegend an unattraktiven und unsicheren Arbeitsplätzen.

Um Produktionskosten zu senken werden Subunternehmen eingesetzt, die SklavInnenlöhne zahlen und grauenhafte Arbeitsbedingungen einführen. Idealer Ansiedelplatz für derartige Unternehmen sind die sogenannten "freien Produktionszonen" in Lateinamerika und Süd-Ost-Asien. Frei sind diese Produktionszonen vor allem von Arbeitsschutzbestimmungen, Arbeitszeitregelungen, ganz zu schweigen von Gesundheitsbestimmungen. Gewerkschaftliche Organisation ist verboten und wird brutalst zerschlagen. Es wird 16 bis 20 Stunden am Tag gearbeitet, 6 oder 7 Tage in der Woche. Jedes normale Sozialleben wird verunmöglicht und die Lebenserwartung sinkt beträchtlich. Die gesundheitlichen Folgen reichen von Abnutzungserscheinungen sämtlicher Gelenke, permanenter Übermüdung bis zu Regelbeschwerden, außerdem steigt die Gefahr von Frühgeburten beträchtlich. 80 % der in solchen Zonen Beschäftigten sind Frauen.

Aber Flexibilisierung und Deregulierung haben auch in den entwickelten kapitalistischen Ländern gerade für Frauen dramatische Auswirkungen. Zwei Drittel der 1994-99 in der EU neu entstandenen Jobs gingen an Frauen - der größte Teil davon waren aber Teilzeitjobs, von denen eine Existenzsicherung nicht möglich ist. 80 % aller Teilzeitbeschäftigten in der EU sind Frauen, bei Vollzeitjobs sind es nur ein Drittel. Die neu geschaffenen Frauenjobs sind schlecht bezahlt, unsicher, mit geringerem Stundenlohn und niedrigeren Pensionen.

VERSCHULDUNG

WÄHREND der Kolonialzeit wurde die Unterdrückung der "Dritten

Welt" durch Kolonialpolitik und direkte militärische Besetzung gewährleistet. Heute bleibt die Abhängigkeit der Länder über Verschuldung bestehen. Internationaler Währungsfond und Weltbank fordern Strukturanpassungsprogramme (SAPs) als Bedingungen für weitere Kredite sind. Strukturanpassung heißt: Privatisierung staatlicher Unternehmen und des Bodens, Streichung bzw. Kürzung aller Subventionen für Bildung, Gesundheit, Nahrungsmittelproduktion und Landwirtschaft, Handels- und Importliberalisierungen, restriktive Währungspolitik und hohe Zinsen, Senkung der Reallöhne, Steuersenkung für Reiche. All diese Maßnahmen erinnern an die Kürzungspolitik in Europa. Beide entspringen neoliberaler Politik, die auf die Kurzformel "Die Reichen werden reicher und die Armen werden ärmer" gebracht werden kann. Für Konzerne und UnternehmerInnen zahlt sich das aus: Rohstoffe können billig exportiert werden, Arbeitskräfte zu Niedrigstlöhnen beschäftigt und fertige Güter finden dank der gefallenen Importbeschränkungen neue Absatzmärkte. Aber sozialpolitisch sind sie eine Katastrophe, vor allem für Frauen. In staatlichen Betrieben waren/sind Frauen zu relativ hohem Grad beschäftigt, und die Lohndifferenz zu Männern war geringer als in privaten, daraus folgt: Kürzungen und Entlassungen in diesem Bereich wirken sich vor allem auf Frauen negativ aus. Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich bedeutet, dass weniger Mädchen die Schule besuchen können, und weiters, dass mehr Gratisarbeit zu Hause verrichtet werden muss, wenn staatliche Kindergärten zugesperrt, Schulgeld eingeführt, Lebensmittelsubventionen aufgehoben werden und die Durchschnittspreise steigen. All dies führt zu nichts anderem, als einer unglaublichen Mehrbelastung von Frauen, sowie Hunger und Armut. Das Strukturanpassungsprogramm in Zimbabwe heißt "ESAP" und wird im Volksmund übersetzt mit: Extremely Suffering for African People ("Extremes Leiden für AfrikanerInnen"). In Afrika wird viermal soviel für Zinsrückzahlung an Banken ausgegeben, wie für den Gesundheitsbereich.

BEVÖLKERUNGSPOLITIK

UNTER dem Deckmantel "Bevölkerungspolitik" werden die Menschen der "Dritten Welt", und hier im speziellen die Frauen, unterworfen, beherrscht und ausgebeutet. Beinahe alle Entwicklungstheorien gehen davon aus, dass "Überbevölkerung" eine wesentliche Ursache von "Unterentwicklung" ist. Unter diesem Vorwand versuchen diverse US-amerikanische und internationale Organisationen, unter anderem die

WHO, die Fortpflanzungsfähigkeit und Gebärtätigkeit von Frauen in der Dritten Welt zu manipulieren und zu kontrollieren. Einerseits dienen die diversen Programme der Eindämmung des Wachstums bestimmter "unerwünschter" Bevölkerungsgruppen, z. B. indigener Volksgruppen in Südamerika, andererseits werden Frauenkörper als Versuchsobjekte für Pharmaindustrie und Gentechnologie verwendet. Statt um eine gerechte Verteilung der für die gesamte Menschheit ausreichenden Ressourcen geht es um "Gesundheitsprogramme" und Verhütungsmethoden. Viele der in der Dritten Welt eingesetzten "Verhütungsmethoden" sind in der Ersten Welt verboten, da sie medizinisch unausgereift und bedenklich sind und darüber hinaus den betroffenen Frauen die Kontrolle über ihren eigenen Körper zunehmend entziehen. Viele Frauen können die gesundheitlichen Risiken - sollten sie überhaupt darüber aufgeklärt werden - nicht in ihre Entscheidung für oder gegen die Teilnahme an einem medizinischen Experiment mit einbeziehen. Das Geld ist zu wichtig für sie und ihre Familie.

In manchen Ländern wie z.B. Kolumbien werden den Frauen "kleine Geschenke" gemacht, wenn sie ihre Einwilligung zu einer Sterilisation geben, in Brasilien steigert das sogenannte Sterilisationsattest den Wert einer Frau am Arbeitsmarkt, in Guatemala ist die Sterilisationseinwilligung die Bedingung für eine Entbindung in einem öffentlichen Krankenhaus. In Bolivien werden sterilisierende Mittel in Nahrungsmittelspenden gemischt, in den USA wird die Sterilisation indianischen Frauen als Allheilmittel gegen Kopfwegh, Blinddarm-entzündung etc. empfohlen bzw. droht Indianerinnen bei Nicht-einwilligung in die Sterilisation der Entzug der Sozialhilfe und/oder der Kinder. In vielen asiatischen Ländern werden Frauen dafür bezahlt, dass sie in die Sterilisation einwilligen. Dazu kommt noch, dass sinnvolle Programme, die die Selbstbestimmung der Frauen beachten und zusätzlich Bewusstseins- und Gesundheitsarbeit (Aufklärung, Verhütung, AIDS-Prophylaxe etc.) leisten würden, massiv angegriffen und größtenteils verhindert werden. Dafür sind v.a. die diversen Kirchen verantwortlich.

Eine für "westliche Verhältnisse" relativ hohe Anzahl von Kindern zu bekommen, ist nicht immer die freie Entscheidung von Familien in den Entwicklungsländern. Die hohe Kindersterblichkeit, fehlende andere Möglichkeiten der Altersvorsorge und ähnliche Gründe zwingen die Menschen dazu. UNICEF fertigte 1995 eine Studie, aus der hervorgeht, dass etwa 120 Millionen (30 %) aller 1994 bestehenden Schwangerschaften in den sogenannten Entwicklungsländern nicht gewollt waren. 100 Milliarden Schilling wären pro Jahr erforderlich, um allen Frauen selbstbestimmte Familienplanung zu ermöglichen. Das entspricht unge-

fähr der Summe, die in fünf Tagen weltweit für Waffenkäufe ausgegeben wird.

FRAUEN UND KRIEG

DAS 20. Jahrhundert endete wie das 21. begann - mit Kriegen. In diesen Kriegen treten Frauen als Opfer und als Täterinnen auf - Frauen sind nicht "von Natur aus" friedlicher. Es gibt in der US-Regierung ebenso Frauen, wie unter den zivilen Opfern in Afghanistan und im Irak. Aufgrund ihrer sozialen Stellung sind Frauen allerdings weit öfter Opfer und werden immer wieder ganz bewusst in militärische Strategien einbezogen. Nach den terroristischen Angriffen des 11. Septembers hat Bush die Unterdrückung der Frauen durch die Taliban als Teil der Rechtfertigung für das Bombardement des Landes verwendet. Aber durch den Krieg sind auch neue Flüchtlingswellen entstanden, deren überwältigende Mehrheit Frauen und Kinder ausmachen. Das neue Regime der "Nordallianz" und der Kriegsfürsten bedeutet, dass die Macht in den Händen der Militärs liegt, die während der vergangenen Kriege Massenvergewaltigungen durchgeführt haben. Das neue Regime hat an der Frauenunterdrückung nicht wirklich etwas geändert, außer - und dies ist so zynisch wie es klingt - die Größe der Steine, die bei Steinigungen verwendet werden. An ihrer sozialen Lage hat sich nichts geändert. Die Befreiung der afghanischen Frauen wird nicht in erster Linie an abgelegten Burqas gemessen werden, sondern an ihrem Zugang zu Nahrung, Wohnraum und Arbeit.

FRAUEN IM WIDERSTAND

IN Gegenwart und Vergangenheit haben Frauen bei Bewegungen, Streiks und Revolutionen eine zentrale Rolle gespielt. Nur das diese Tatsache in der offiziellen Geschichtsschreibung oft geleugnet oder "vergessen" wurde. Frauen waren aber nicht nur Teil revolutionärer Bewegungen, sondern sogar Auslöserinnen von Kämpfen: Z.B. bei den Brotrevolten in Frankreich oder die Textilarbeiterinnen in Petrograd, die den Beginn der Russischen Revolution einleiteten. Frauen waren dann auch oft die letzten, die am vehementesten die Errungenschaften der Revolution gegen die Reaktion verteidigten. So berichtete ein britischer Journalist über die Pariser Commune, dass es die Frauen waren, die mit dem Gewehr in der Hand bis zuletzt die Barrikaden verteidigten und er meinte dazu: "Wenn alle Franzosen wie ihre Frauen wären, müsste man sagen: Was für ein Land."

Im Spanischen Bürgerkrieg waren Frauen nicht nur in der Reserve, sondern an der Front aktiv - zumindest solange, bis die Stalinisten die Frauen auch hier auf ihre "traditionelle Rolle" verwiesen. Bei der Roten Hilfe und bei Botengängen waren zahllose Frauen gegen den Faschismus tätig ebenso wie im bewaffneten Widerstand. Das "Mädchen mit den roten Haaren", die in Holland Nazikollaborateure und SSler erschoss, war der Schrecken der Faschisten. Und diese schreckten keineswegs vor der angeblichen Zartheit von Frauen zurück, wenn es darum ging, diese zu foltern und im KZ zu ermorden.

In der globalen Protestbewegung, in der Antikriegsbewegung und in Kämpfen gegen neoliberale Politik spielen Frauen eine zentrale Rolle. Bei den Streiks und Massendemonstrationen, die in Argentinien zum Sturz von fünf Präsidenten geführt haben, waren Frauen vorne dabei. Sie machen 60-70 % derjenigen aus, die an den wöchentlich stattfindenden Volksräten in und um Buenos Aires teilnahmen. In den letzten Jahren fanden eine Reihe von Demonstrationen gegen Treffen des internationalen Kapitals statt (IWF, Weltbank, G8, WEF, Welthandelsorganisation). Die Politik (wie z.B. das GATS), die diese Treffen für Länder der sogenannten "3. Welt" aber auch für Industriestaaten festzulegen versuchen, trifft insbesondere Frauen. "Mehr Privat, weniger Staat" bedeutet stets, Kinder-, Alten- und Krankenpflege wieder Frauen zu überantworten, die diese Leistungen dann in unbezahlter Form erledigen sollen. Genau jene Privatisierungspolitik ist aber eines der Hauptziele dieser Treffen. Auch die Zwangsöffnung von Märkten in wirtschaftlich schwächeren Regionen sowie der Umbau solcher Staaten zu riesigen "Sonderwirtschaftszonen" trifft die sozial schwächsten, und dies sind zum überwiegenden Teil Frauen. Als Folge des Freihandels, der von der Welthandelsorganisation diktiert wird, haben seit 1995 70.000 Textilfabriken - mehr als 40 % aller Fabriken - geschlossen. Hunderttausenden Frauen wurde damit die Möglichkeit genommen, zumindest ein kleines Einkommen zu verdienen. Die Forderungen der globalen Protestbewegung sind von jenen der ArbeiterInnenbewegung nicht zu trennen.

In der ArbeiterInnenbewegung waren Frauen stets wichtige Kämpferinnen, wenn sie auch häufig nicht nur mit den Bürgerlichen sondern auch mit Vorurteilen aus den eigenen Reihen konfrontiert waren. Die wichtigsten Verbesserungen für Frauen waren aber stets das Ergebnis von Kämpfen und Bewegungen der ArbeiterInnenbewegung.

Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus

Kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung

Das kapitalistische System braucht die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen. Selbst in einem der reichsten Länder der Welt, in Österreich, ist die Ungleichbehandlung von Frauen offensichtlich. Das liegt aber nicht daran, weil Männer und Frauen biologisch anders sind, sondern weil ihnen unterschiedliche Rollen zugeschrieben werden.

Das kapitalistische System profitiert von dieser ungleichen Rollenzuschreibung. In Zeiten der wirtschaftlichen Krise können aufgrund dieser Aufteilung Frauen aus dem Arbeitsmarkt hinaus und in die eigenen vier Wände mit Kinderbetreuung und Haushaltsführung hinein gedrängt werden. Auch der enorme Anstieg der Teilzeitarbeitsplätze für Frauen geht in diese Richtung, weil diese schlechtbezahlten Jobs kein eigenständiges Einkommen ermöglichen und so die Abhängigkeit vom Mann verstärken. Profit beziehen die UnternehmerInnen aus der Arbeitskraft, die von den ArbeiterInnen geleistet werden, um Waren und Dienstleistungen herzustellen.

Aber auch vom enormen Anteil an unbezahlter Arbeit, den Frauen leisten, profitiert das kapitalistische System. Da die Wirtschaft in den Händen weniger privater Eigentümer und Banken liegt, kann eine kleine Minderheit über riesige Geldmengen verfügen. Einem Prozent der Vermögenden gehört 25 % des gesamten Reichtums in Österreich. Der Unterschied zwischen Arm und Reich wird immer größer. Während die Einkommen der ArbeiterInnen und Angestellten seit 1970 um das Sechsfache gestiegen sind, explodierten die Besitzeinkommen um das Siebzehnfache. Die großen Konzerne, Versicherungsgesellschaften und Banken müssen daher enteignet und in gesamtgesellschaftliches Eigentum überführt werden, damit die Mehrheit über den Reichtum im Interesse aller verfügen kann.

In der Frauenbewegung gibt es Diskussionen darüber, wie Frauenbefreiung erreicht werden kann, was die Ziele sind. Während weltweit immer mehr Frauen und Mädchen in der globalen Protestbewegung, der Antikriegsbewegung und in Klassenkämpfen aktiv sind, tendiert der akademisch orientierte Feminismus zur Zeit zu einer liberaleren und individualistischeren Sichtweise und sagt sich vom gemeinsamen Kampf los. Diese Art von Feminismus hat auf ideologischer Ebene versucht, Frauen von der Schlussfolgerung abzubringen,

dass wir eine revolutionäre Veränderung brauchen, um Gleichberechtigung zu erreichen - stattdessen sehen sie als Ziel, so viel Gleichberechtigung wie möglich auf individueller Ebene zu erreichen.

SLP: TEIL EINER INTERNATIONALE

DIE SLP ist Teil einer internationalen Organisation, des CWI (Committee for a Workers' International). In allen rund 40 Ländern in denen das CWI aktiv ist, haben wir an Kämpfen der ArbeiterInnen und für Frauenrechte teilgenommen. "Organisieren und zurückschlagen" war das Motto der Sozialistinnen der ersten Stunden, wie Eleonore Marx und Rosa Luxemburg. CWI-Mitglieder sind bei Kampagnen gegen niedrige Bezahlung aktiv beteiligt und kämpfen lokal, national und international gegen Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und sozialer Sicherheit gemeinsam mit jenen, die in diesen Einrichtungen arbeiten oder deren Leistungen in Anspruch nehmen. Am Arbeitsplatz, in Gemeinden, Schulen und auf der Strasse bekämpfen wir sexuelle Belästigung und führen seit Jahren Kampagnen gegen Gewalt in der Familie. Wir führen Kampagnen gegen radikale AbtreibungsgegnerInnen, die den Frauen das Recht auf Selbstbestimmung absprechen und zeigen auf, wer von der Pornoindustrie profitiert und wer darunter zu leiden hat. Wir beteiligen uns an Massenprotesten gegen Krieg, Umweltzerstörung und Kapitalismus. In einer Zeit, in der Gewalt gegen Frauen alltäglich ist, in der die "Werte" der Familie wieder hervorgehoben werden und AbtreibungsgegnerInnen Frauen attackieren, in der wir von sexistischen Rollenklischees in Werbung und sonstigen Medien umgeben sind, in der die Zuordnung von männlichen und weiblichen Verhaltensweisen immer noch derartig selbstverständlich ist, muss Widerstand nicht nur gegen die ökonomische Ungleichheit geleistet werden, sondern gegen alle Formen der Frauenunterdrückung, die die patriarchal dominierte Gesellschaftsordnung einzementieren.

Auf einer gewissen Ebene profitieren alle Männer von dem, was Friedrich Engels die "weltweite historische Niederlage der Frauen" nannte. Auch die ärmsten Männer haben eine Machtposition in der Familie, die traditionellen Rollen erlauben es ihnen, wenig oder gar keine Haus- und Familienarbeit zu verrichten und mehr Freizeit zu haben. Andererseits hat die überwiegende Mehrheit der Männer als Teil der ausgebeuteten Klasse wenig Einfluss auf ihre Arbeits- und Lebensbedingungen. Unser gemeinsamer Feind - Neoliberalismus, Imperialismus, Kapitalismus - ist stark. Sexismus zu tolerieren ist eine Schwäche, die sich die ArbeiterInnenbewegung nicht leisten kann. Denn schluss-

endlich ist es nur durch einen gemeinsamen Kampf von Frauen und Männern der ArbeiterInnenklasse und von Teilen der Mittelschicht möglich, das kapitalistische System zu überwinden und die Grundlage für eine neue gleichberechtigte Gesellschaft zu erkämpfen - eine sozialistische Gesellschaft.

Frauen sind 70 % der von Armut Betroffenen und 2/3 der Arbeit von Frauen ist unbezahlt. Diese Ausbeutung bildet das Fundament für die Klassengesellschaft so sehr mit, dass es unmöglich ist, Gerechtigkeit ohne revolutionäre Veränderung zu erreichen. Das CWI kämpft für eine weltweite sozialistische Gesellschaft, in der die materiellen Vorbedingungen - Arbeitsplatz, Wohnung, Kinderbetreuungseinrichtungen, freier Zugang zu Wasser- und Stromversorgung usw. - gegeben sind, um effektiv gegen Sexismus und Geschlechterstereotypen anzukämpfen.

Es gibt ungeheuren Reichtum an Ressourcen in dieser Welt, er ist aber in den Händen einer kleinen Elite. Um die demokratische Kontrolle dieser Ressourcen zu ermöglichen, müssen Unternehmen und Banken öffentliches Eigentum werden. Eine derart demokratische sozialistische Welt hätte nichts mit den stalinistischen Diktaturen in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion gemeinsam, in denen es keinesfalls tatsächliche Gleichberechtigung gab.

Sozialismus bedeutet, dass Frauen und Männer ihr Leben auf allen Ebenen selbst bestimmen können. Mit Freisetzung der Ressourcen würde die ökonomische Befreiung der Frau ermöglicht - und damit die Ausgangsbasis für eine echte Frauenbefreiung gelegt. Auf Grundlage von Kooperation und der Abschaffung von Ungleichheit von Macht und Reichtum kann sexuelle und kulturelle Unterdrückung der Frau ein Ende finden. Keine Frauenbefreiung ohne Sozialismus, kein Sozialismus ohne Frauenbefreiung.

Was ist die SLP?

DIE Sozialistische LinksPartei ist eine junge, aktive und kämpferische Partei. Wir sind ein wesentlicher Teil der Bewegung zum Sturz der FPÖVP-Regierung. Wir waren aber auch schon in der Vergangenheit (damals noch als SOV), teilweise führend, an Bewegungen gegen Rassismus und FPÖ, gegen Sozial- und Bildungsabbau, für Frauenrechte sowie bei SchülerInnenprotesten beteiligt und haben aktive internationale Solidarität, etwa gegen den NATO-Krieg, geleistet.

Für uns ist das Problem aber nicht nur die blau-schwarze Regierung, wir sehen die Wurzel der Übel im kapitalistischen System selbst. Dieses System bringt soziale Not, Massenarbeitslosigkeit, Rassismus und Krieg – überall auf der Welt. Deshalb kämpfen wir für eine internationale Systemalternative, einen neue Gesellschaft: den Sozialismus. Nur eine solche, demokratisch geplante Wirtschaft und Gesellschaft kann Frieden und Entwicklung zugunsten der gesamten Menschheit sichern. Das kapitalistische Profitsystem hingegen bringt nur einer winzigen Minderheit dauerhaft Wohlstand. Die stalinistischen Staaten der Vergangenheit hatten mit Sozialismus nichts zu tun. Es gab zwar Planwirtschaft aber es fehlte völlig an der notwendigen Demokratie von unten!

Die SLP ist Anfang 2000 von den Mitgliedern der Sozialistischen Offensive Vorwärts SOV gegründet worden. Die SPÖ ist schon längst keine Partei mehr für ArbeiterInnen und Jugendliche, und auch die Grünen haben sich von ihren kämpferischen und alternativen Traditionen verabschiedet. Die SLP kämpft deshalb auch als einzige Kraft in Österreich für den Aufbau einer neuen, sozialistischen ArbeiterInnenpartei. Eine solche Partei in den nächsten Jahren zu verankern, ist nicht nur nötig, sondern möglich. Wir wollen ArbeitnehmerInnen und Jugendliche, Frauen, ImmigrantInnen und GewerkschafterInnen gewinnen, mit uns gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu kämpfen, wir wollen sie vor allem dafür gewinnen, mit uns für eine solche, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die SLP ist "anders", wir haben keinen großen Apparat, nicht viel Geld und keine Hintermänner. Die Arbeit der SLP steht und fällt mit der Aktivität und der Überzeugung unserer Mitglieder und UnterstützerInnen.

Wir verstehen uns auch als Ansatzpunkt für den Aufbau einer neuen internationalen ArbeiterInnenbewegung. Wir sind Teil des "Komitees für eine ArbeiterInneninternationale" CWI/KAI, das in über 30 Ländern auf allen Kontinenten vertreten ist.